ISRAEL NACHRICHTEN
חדשות ישראל

SONNTAG, 4. AUGUST 1974 • PREIS: IL 1,— יום ראשון, ט״ז באב תשל״ד ★ המחיר: ל״י 1,—

...gierung beraet über Störungen der israelischen Sicherheit

— Die Regierung hörte
: Sitzung am Freitag ei-
icht des Verteidigungs-
, Schimon Peres, über
rmaligen Einflug sowje-
Helikopter in israelisches
Es hatte sich hierbei um
uber gehandelt, die vom
hen Flugzeugträger „Le-
. der in Alexandria an-
nen und gewöhnlich zur
che im Suezkanal ein-
ind. Sie haben im Golf
ez israelische Schiffe
n und zu fotografieren
Hierbei drangen sie
zwei Kilometer in
es Gebiet ein. Als is-
Flugzeuge aufstiegen,
nden sie. Israel reichte
de beim UN-Beobach-
n.
h nahm die Regierung
tnis, dass Aegypten vier
sen am Ostufer des
ls errichtet hatte. wo-
lings noch unklar ist.
bereits mit Raketen be-
rden. Syrien hat schwe-
erie in die „Verdün-
" überführt und er-
s dies nach dem Ent-
flechtungsabkommen nicht un-
tersagt ist.

Die Aeusserungen des Generalstabschefs über eine drohende Kriegsgefahr unterliegen der Verantwortlichkeit des Verteidigungsministers, wurde in Erwiderung einer Anfrage erklärt.

Es wurde beschlossen, die beiden Ministerausschüsse, denen die Auswertung des Untersuchungsberichtes der Agranat-Kommission obliegt, zusammenzulegen.

Die Regierung nahm zur Kenntnis, dass viele, wenn auch noch nicht genügend Meldungen von Freiwilligen zum Dienst in der Berufsarmee eingegangen sind.

Die Schüler der höheren Berufsschulklassen werden künftig ihren „nationalen Dienst" in Werkstätten leisten, die Militärfahrzeuge reparieren. Auch Nachal-Soldaten mit Berufskenntnissen werden in solchen Werkstätten arbeiten.

Staatsbank-Präsident Mosche Sanbar erstattete einen Bericht vom Stand der Untersuchungen über den Zusammenbruch der Bank Erez Israel—Britannia, dessen Einzelheiten jedoch nicht veröffentlicht wurden. Die Regierung verlängerte die Abwicklungs-Vollmachten für den Finanz- und den Justizminister.

Das Sozialabkommen mit Holland, das eine Doppelbesteuerung vermeidet, wurde bestätigt.

Briefmarken mit den Bildnissen von David Ben-Gurion und Harry S. Truman sollen zur Ausgabe kommen.

...ES VERHANDELT ... DEN SIEDLERN

igungsminister Schimon
die Mitglieder des Se-
der Siedler von Al-
für heute zu einer Aus-
ingeladen. Er möchte
erfahren, warum sie
net an einer Ansied-
Samaria interessiert

dler wohnen seit der
ihrer Versuchsgrün-
Sebastia gemeinsam im
er Wohnviertel Kirjat
der Nähe der Merkas
chiwa. Nach ihren An-
en sich Dutzende von
villigen bei ihnen ein-
und um ihre Aufnah-
n. Das Sekretariat prüft
ndidaten auf seine

Zuweisung eines neuen
gsortes wollen die Sied-
rusalem bleiben und
ösen Studien widmen.
Rabbiner haben sich
ung von Unterrichts-
reiterklärt.

Meinungsumschwung in Afrika

Einige afrikanische Staaten führen derzeit gegenseitige Beratungen über eine gleichzeitige Wiederaufnahme der diplomatischen Beziehungen mit Israel.

Diese Nachricht gelangte aus westlichen Ländern, die sowohl freundschaftliche Beziehungen mit Israel als auch enge politische Beziehungen mit diesen afrikanischen Staaten unterhalten, nach Jerusalem. Unter den Staaten, die in solche Beratungen eingetreten sind, befinden sich sowohl frühere britische wie auch französische Kolonien.

NOCH IMMER KAEMPFE AUF ZYPERN

In Nikosia werden immer wieder Schüsse aus Gewehren und automatischen Waffen gehört. Fast jede Nacht kommt es zu einem Schusswechsel an der „grünen Linie" die das türkische vom griechischen Viertel trennt.

Aussenminister Jigal Allon erklaert beim Abschluss seiner Gespraeche in den USA:

Israel ist zur Weiterführung der Verhandlungen mit den Arabern bereit

(I) — „Die Vereinigten Staaten sind berechtigt, ihren arabischen Staatsbesuchern, welche demnächst zu Verhandlungen in Washington eintreffen werden, zu erklären, dass Israel nicht die Absicht hat, die Entflechtungsabkommen in eine ständige Lösung zu verwandeln. Israel ist vielmehr prinzipiell zu Verhandlungen bereit, ob es nun um eine Gesamtlösung oder um Teillösungen des Problems geht, vorausgesetzt, dass dies unter annehmbaren Bedingungen geschieht" — so erklärte Jigal Allon nach Beendigung seiner offiziellen Gespräche im Weissen Haus.

Auf die Frage des Washingtoner Korrespondenten der israelischen Sendebehörde erklärte Allon, die Vereinigten Staaten können ihren arabischen Gästen nicht erklären, welchen Plan Israel vorzieht, denn dieses Thema wurde für spätere Besprechungen vorbehalten. In Allons Gesprächen mit den führenden Persönlichkeiten der amerikanischen Administration wurde nicht entschieden. welche von beiden Gesprächsmöglichkeiten im Nahen Osten vorzuziehen sind. aber es wurde die Möglichkeit erwogen, Jordanien in die Verhandlungen miteinzubeziehen. **„Wir haben keine Priorität für die Verhandlungen mit Ägypten, Jordanien oder mit einem anderen Staat festgelegt, denn dies ist abhängig von weiteren Besprechungen der Amerikaner mit den Vertretern der verschiedenen arabischen Staaten"**, erklärte Allon zu diesem Thema.

Minister Allon weigerte sich auf Details bezüglich seiner Washingtoner Gespräche einzugehen, aber er bezog sich auf die Verhandlungen, welche Dr. Kissinger mit den Aussenministern der Nahost-Staaten im August führen wird und erklärte, diese Verhandlungen stellen die erste Runde der neuen Beratungen dar. Nach ihnen wird es zu weiteren Kontakten kommen. Es ist unmöglich, erklärte Allon, Formulierungen zu finden oder Termine festzulegen, bevor die Amerikaner die Ansichten aller Kandidaten für die künftigen Verhandlungen gehört haben.

Allon erklärte auch, er wisse nicht, in welchem Rahmen und wann die kommenden Verhandlungen stattfinden werden, aber wenn sie zustandekommen, wird ein Versuch gemacht werden, die Gemeinsamkeiten herauszukristallisieren und die Gegensätze zu überbrücken, die bis dahin noch existieren werden. **Jedenfalls, sagte Allon, wurde die Wiedereinberufung der Genfer Konferenz bei seinen Verhandlungen mit den führenden amerikanischen Staatsmännern immer wieder erwähnt und höchstwahrscheinlich dürfte früher oder später diese Konferenz zu einer zweiten Session zusammentreten. Nach Meinung J. Allons dürfte dies im Herbst der Fall sein.** In diesem Zusammenhang betonte der Vizepremierminister, es sei wichtig, dass der Ablauf des sechsmonatigen Mandats der UN-Truppen nicht zu Störungen in der gegenwärtigen Situation ausgenützt wird, denn dies wäre eine wesentliche Erschwerung für den Wiederzusammentritt der Genfer Konferenz.

EIN STARKES ISRAEL IST WICHTIG

Allon erwähnte auch, dass bei seinen Verhandlungen mit den amerikanischen Ministern die Kriegsgefahr im Nahen Osten behandelt wurde, sowie die Verstärkung des militärischen Potentials Israels. Beide Themen sind eng verbunden mit den Bemühungen um den Frieden im Nahen Osten. Allon erinnerte daran, dass Präsident Nixon bei seinem Besuch in Jerusalem und auch bei anderen Gelegenheiten öffentlich erklärt hat, ein starkes Israel sei wichtig für den Frieden und Israel könne mit seinen Nachbarn nur verhandeln, wenn es stark sei. Israel ist zwar stark, fügte Allon hinzu, aber es benötigt eine zusätzliche Verstärkung seiner militärischen Schlagkraft.

Auf die Frage, ob bei den Verhandlungen auch das Problem der Palästinensischen Befreiungsorganisatoin behandelt wurde, erklärte Allon, dieses Problem sei lediglich im Zusammenhang mit dem diesbezüglichen Beschluss der israelischen Regierung behandelt worden und in der ihm zukommenden Proportion.

Abschliessend bemerkte Allon, er sei in die Vereinigten Staaten gekommen zu einer Zeit, in der das Weisse Haus sich in einer schwierigen Lage befindet. Trotzdem wurden die Verhandlungen so geführt, als gäbe es keine Krise um den amerikanischen Präsidenten.

KISSINGER SOLL WEITER VERMITTELN

Vizepremierminister und Aussenminister Allon beendete am Freitag früh seinen fünftägigen Besuch in Washington. Die dritte und letzte Besprechung mit dem amerikanischen Aussenminister Dr. Henry Kissinger fand in Camp David, dem Sommersitz des amerikanischen Präsidenten im Staate Maryland, statt.

Wie aus Washington berichtet wurde, ersuchten Israel, Aegypten und Jordanien Dr. Kissinger möge seine Vermittlungsbemühungen auch ausserhalb des Rahmens der Genfer Konferenz fortsetzen. In seiner letzten Besprechung mit Dr. Kissinger behandelte Allon auch die Probleme der sowjetischen Juden, sowie der Juden in Syrien und der Überführung von Eli Cohen s.A. nach Israel. Nach seiner Besprechung in Camp David traf Allon den amerikanischen Finanzminister William Simon und den Führer der republikanischen Minderheit im Senat, Senator Hughes Scott. **Wie berichtet wird, zeigte der amerikanische Finanzminister Simon Verständnis für die Bedürfnisse Israels, aber er brachte J. Allon in Erinnerung, dass die Administration durch den Kongress beschränkt wird und dass die Auslandshilfen jedes Jahr durch die beiden Häuser des Kongresses bestätigt werden müssen.**

Das Wochenende verbrachte Allon auf dem Sommersitz von Arthur Goldberg, welcher seinerzeit Mitglied des Obersten Gerichtshofes der Vereinigten Staaten und während des Sechstagekrieges amerikanischer Botschafter bei den UN war.

EMPFANG BEIM VIZEPRAESIDENTEN

Entsprechend seinem Wunsch wurde Aussenminister Jigal Allon vom amerikanischen Vizepräsidenten **Gerald Ford** zu einer 40 Minuten dauernden Unterredung empfangen.

Dr. Chet zieht die Konsequenzen aus dem Bankkrach und erklaert seinen Ruecktritt

Der Kommissar für das Bankwesen, Dr. Meir Chet, hat dem Staatsbank-Präsidenten seinen Rücktritt angeboten.

Zur Begründung seines Schrittes erklärte Dr. Chef in einem Fernseh-Interview am Schabbatabend, dass er diese Schlussfolgerung aus dem Zusammenbruch der Bank Erez Israel — Britannia ziehen musste, obwohl er sich hieran nicht schuldig fühlt. Er gab jedoch zu, dass sich bereits im Jahre 1970 in dieser Bank eine Situation ergeben hatte, die ihn veranlasste, dem Staatsbank-Präsidenten vorzuschlagen, die Bank Erez Israel — Britannia aufzulösen; Mosche Sanbar hatte diesem Vosrchlag nicht zugestimmt.

Staatsbank-Präsidem Mosche Sanbar, der nun über das Rücktrittsangebot zu entscheiden hat, erklärte, dass nach seiner Ueberzeugung die Bankaufsicht in dieser Affäre nicht versagt hat. Es wurden zwar Mängel in der Bankleitung schon seit dem Jahre 1968 festgestellt, doch bestand weder damals noch während der erneuten Krisensituation während der Kriegstage begründete Veranlassung zum Eingreifen. Alle Bedenken, die gegenüber der Bank Erez Israel—Britannia bestanden, richteten sich ausschliesslich gegen Jehoschua Ben-Zion und nicht gegen den Bankinhaber Williams.

Auf die Frage, ob er in der Deponierung von neun Millonen Dollar (in deutscher Währung) in der Londoner Bank nicht einen folgenschweren Irrtum erblicke, erwiderte Sanbar: „Ich erblicke hierin nicht eine irrige Handlüngsweise der Bankaufsicht, aber ich gebe zu, dass es ein Irrtum war, eine solch hohe Summe in einer kleinen Bank zu deponieren und übernehme die volle Verantwortung für alles, was die Staatsbank unternommen hat."

IMPEACHEMENT-DEBATTE IN ZWEI WOCHEN

Die Impeachment-Debatte, die zur Amtsenthebung des amerikanischen Präsidenten Richard Nixon führen kann, soll am 19. August vor dem Repräsentantenhaus beginnen und bis Ende dieses Monats zum Abschluss kommen.

FRANZOSE IN BEIRUT FESTGENOMMEN

Beirut (R) — Die Zollbeamten auf dem Beiruter Flughafen verhafteten einen jungen Franzosen, in dessen Gepäck sich ein Marmeladenglas mit zweieinhalb Kilo Dynamit befand. Der

NBC berichtet: Golda Meir ...rhandelte mit König Hussein

...rk (R) — **Im Monat
Frau Golda Meir Kö-
eia. Dieses geheime
nd auf dem Rücksitz
us-Autos statt — so
Freitag die amerika-
chrichtenagentur NBC**

rrespondent der NBC
ss dieser Treffen am
974 stattgefunden ha-
Woche bevor Golda
Regierungsvorsitz an
Rabin übergeben hat.
-Korrespondent weiss
berichten, dass dieses
n einer abgelegenen
he der israelischen
ttgefunden hat, unge-
n nördlich von Ejlat.
n Treffen wurde die
s Westufergebiets be-
lches Israel im Sechs-
robert hat. Bei dieser
kunft wurde zwar kein
n getroffen, aber die
ng stellt den Beginn
nderen Uebereinkom-
chen Israel und Jorda-
nien dar. Nach Meinung des Korrespondenten dürfte Jizchak Rabin die Verhandlungen mit Hussein wieder aufnehmen.

Bei dem Treffen mit König Hussein wurde Golda Meir vom damaligen Sicherheitsminister Mosche Dayan und von einem hohen Beamten des Aussenministeriums begleitet. König Hussein erschien bei diesem Treffen mit seinem Regierungschef Said al-Rifai.

Der NBC zufolge sollen die Israelis bei dem erwähnten Treffen die Rückgabe des Westufergebiets angeboten haben, abgesehen von gewissen Gebieten. Dem israelischen Vorschlag zufolge sollen die jüdischen Siedlungen, welche in der Jordansenke entstanden sind, bestehen bleiben und ausserdem sollen die Zahal-Einheiten in der Jordansenke verbleiben. Die Aufgabe dieser Armee-Einheiten wäre — nach dem israelischen Vorschlag — Hussein vor seinen palästinensischen Feinden zu schützen, wie auch die Sicherheit Israels zu gewährleisten.

Die Frage Jerusalems wurde bei dem Treffen Meir—Hussein offengelassen. Erwähnt wurde der Vorschlag, in der Stadt eine kleine jordanische Enklave zu schaffen, in welcher die jordanische Flagge gehisst werden kann.

König Hussein soll gesagt haben, dass er — seine Zustimmung zu dem Abkommen vorausgesetzt — von Israel einen sofortigen und dramatischen Verzicht fordern müsse. Wie der NBC-Korrespondent berichtet, hat König Hussein die Rückgabe der Stadt Jericho gefordert. Golda Meir soll geantwortet haben, dass Hussein diese Stadt erhalten könne und damit wurde das Treffen beendet.

Nach dem Regierungswechsel in Israel — so meint die NBC — soll sich zunächst Jizchak Rabin als neuer Regierungschef nicht stark genug gefühlt haben, um das Abkommen mit Jordanien durchzuführen. Jetzt aber sind die Schwierigkeiten aus dem Weg geräumt und nichts hindert Rabin, die Verhandlungen mit Jordanien wieder aufzunehmen, so wie es die Vereinigten Staaten bereits zweimal in den letzten vierzehn Tagen von Israel gefordert haben. Auch Hussein soll das vorgeschlagene Abkommen zunächst abgelehnt haben, aber schliesslich gab er dem amerikanischen Druck nach und erklärte, die Frage von neuem behandeln zu wollen.

MEHR US-HILFE FÜR ISRAEL

Das amerikanische Repräsentanenhaus billigte eine Erhöhung der Hilfszahlungen an Israel im laufenden Finanzjahr.

Die Wirtschaftshilfe wird demnach 250 Millionen Dollar betragen. Die Regierung hatte lediglich eine Summe von 50 Millionen Dollar beantragt. Der Antrag auf Erhöhung des Betrages war von den Abgeordneten John Buchanan (Alabama) und Dante Fascell (Florida) eingebracht worden; er wurde mit 24 gegen vier Stimmen angenommen.

Die Militärhilfe beläuft sich nunmehr auf 100 Millionen Dollar, wozu noch eine Anleihe von 200 Millionen Dollar kommen dürfte. Die Regierung hatte nur die Bewilligung dieser Anleihe beantragt. Die Erweiterung der Anleihe um einen Beitrag von 100 Millionen Dollar hatten die Abgeordneten Charles Wilson (Texas) und später auch Edward Derwinski (Illinois) vorgeschlagen: sie fanden die Zustimmung von 26 Abgeordneten (bei einer Gegenstimme).

Zuvor waren bereits 40 Millionen Dollar für die Ansiedlung von jüdischen Einwanderern aus der Sowjetunion in Israel bewilligt worden.

Die arabischen Staaten dürften folgende Wirtschaftshilfe erhalten: Aegypten 250 Millionen Dollar (bereits bewilligt), Jordanien 207 Millionen Dollar und Syrien 100 Millionen Dollar.

Die grosse Mehrheit bei der Bewilligung der Israel-Hilfe hatte viele politische Kommentatoren überrascht.

aus dem Lande

BILLIGES OBST IM SUPERMARKT

Von heute ab bieten die Supermarkt-Filialen weitere Verbilligungen von Obstpreisen.

Kernlose Weintrauben (Sorte „Sultanien") werden 1.90 IL pro kg kosten, andere Traubensorten („Dabuki" und „Tamar") sogar nur 1.60 IL pro kg. Pfirsiche der Sorte ‚Alberto' werden für 2 IL pro kg verkauft. Auch für Aepfel, Birnen, Tomaten und Kartoffeln gelten weitere Preissenkungen.

SCHWERER VERKEHRSUNFALL BEI KFAR KANA

Zwei Personen wurden getötet und 15. verletzt, davon zwölf schwer, als am Schabbatmorgen auf der Chaussee Nazaret—Tiberias in der Nähe von Kfar Kana zwei Fahrzeuge bei einem missglückten Ueberholversuch frontal zusammenstiessen. Die beiden Getöteten, 19 bezw. 18 Jahre alt, stammen aus Nazaret.

ZWEI TODESOPFER AM STRAND BEI CHEDERA

Ein 18jähriger Einwanderer aus der Sowjetunion, Alik Joschwiw, der in Pardess Channa wohnt und an einem Ferienlager teilgenommen hatte, ertrank am Schabbat beim Baden an der Meeresküste bei Chedera. Am Strand von Givat Olga ertrank der 60jährige David Noa.

...tiefer Trauer geben wir das Ableben unseres Vaters
...rossvaters,

SIGMUND SEEV NEUMANN

(Haifa, früher Bratislava)

...t.

Die Familien:
SUSE ROTH
VERA KRAYN
RAFFI RONEN (Roth)

תל־אביב–יפו
TEL-AVIV—JAFO
P. P. — שולם
139

aus Israels PRESSE

ZUVIELE KRIEGERISCHE ERKLAERUNGEN

Haarez übt harte Kritik an den in den letzten Tagen von militärischer und politischer Führungsseite her zu oft gebrachten Erklärungen über die Möglichkeiten einer neuen kriegerischen Auseinandersetzung mit unseren arabischen Nachbarn. Es liege keine Notwen*digkeit dafür vor, meint* das Blatt. unseren Feinden Möglichkeiten in die Hände zu geben, die sie sonst schwerer erarbeiten müssten. nur weil bei uns zuviel geredet werden muss. Dazu kommt, dass wir überhaupt über solche Fragen nicht sprechen müssen. da man auch über derartige Angelegenheiten schweigt.

Al Hamischmar ärgert sich ebenfalls über die vielen kriegerischen Erklärungen und lehnt diese ganze Linie energisch ab. Unsere Pflicht liegt darin, so be*tont die Zeitung. alles zu tun*, was in unseren Kräften steht, um dem Frieden zu dienen, eine Regelung herbeizuführen und nicht in der Erörterung neuer Kriegsgefahren. In jedem Falle sollten wir weniger sprechen. keineswegs Reden halten, in denen von Krieg gesprochen wird.

Hazofe dagegen sieht die Gefahr als sehr real an und versteht durchaus, dass davon gesprochen wird. Sollte sich aber der Staat in einer solchen Gefahr befinden und ein Ausnahmezustand vorliegen. sollten wir im Alarmzustand sein, so gibt es. nach Ansicht des Blattes, nur eine einzige Möglichkeit der wirklichen Geschlossenheit des ganzen Volkes. die nämlich, eine nationale Einheitsregierung zu schaffen. alle konstruktiven Parteien *in* die Koalition einzuschliessen und alles zu tun, um das Volk zu einigen. So wie das im Jahre 1967 geschehen war, erwies es sich als richtig und in der heutigen Situation ist das noch immer ebenso richtig geblieben.

Schearim ist ebenfalls der Ansicht. es sei ganz richtig, die Gefahren aufzuzeigen, damit wir *ihnen in der gebührenden Weise* begegnen können. Die politische und militärische Führung hat schliesslich die Pflicht, den Bürger auf das aufmerksam zu machen, was morgen erfolgen könnte. Im übrigen betont die Zeitung bei dieser Gelegenheit erneut unseren Anspruch auf das ganze Land Israel, einen Anspruch. den wir niemals leicht nehmen dürfen.

Omer befürchtet, dass es Syrien sein könnte, welches durch seine intransigente Haltung den Nahen Osten wieder in ein Kriegsgebiet verwandelt. *Die Syrer hetzen* und versuchen den Frieden. der sich anbahnen könnte, unaufhörlich zu stören und alle anderen arabischen Staaten in einen neuen Krieg mit Israel zu verwickeln. meint das Blatt.

DER EUROPAEISCH-ARABISCHE DIALOG

Dawar kommentiert den europäisch-arabischen Dialog. der in Paris begonnen hat. Die Zeitung meint, die Europäer wollen über Wirtschaft sprechen, die Araber hingegen sprechen von Politik. Das Blatt warnt die Europäer davor, hier wieder zu kapitulieren, so wie das gerade angesichts arabischer Erpressung in der letzten Zeit so oft der Fall gewesen war. Denn wenn die Europäer kapitulieren, werden sei keineswegs das erreichen. was sie erreichen wollen. Für wirtschaftliche Zielsetzungen ist es noch niemals positiv gewesen, dem Verhandlungspartner *auf der ganzen Linie nachzugeben*, so wie das heute gerne, vor allem, wenn es sich um Araber handelt, getan wird. Die Zeitung gibt der Hoffnung Ausdruck, dass Europa vernünftig genug sein wird, all das richtig zu sehen und denmentsprechend zu werten.

HANDGRANATE IN HAIFA

In der Ibn Gawirol-Strasse in Haifa wurde zu nächtlicher Stunde eine Handgranate auf ein neues Auto geworfen. Die Ermittlungen der Polizei ergaben. dass es sich hierbei nicht um einen Anschlag von Terroristen. sondern offenbar um einen Racheakt gehandelt hatte.

DIE AEGYPTISCHE SCHRIFTSTELLERIN SANA HASSAN WILL VERSTAENDNIS ERWECKEN

»Israel hat moralische Verpflichtungen gegenüber dem palästinensischen Volk«

Jael Dayan-Sion empfing die ägyptische Schriftstellerin Sana *Hassan in ihrem Hause* und berichtete der Presse über die Aussprache mit ihr.

„Es war mehr als nur eine Diskussion", erklärte Jael, „auf jede kurze Frage bekam ich eine sehr ausführliche *Stellungnahme* zur Antwort." Sana war in Begleitung von zwei französischen Juden gekommen, die schon jahrelang um eine Annäherung der Herzen zwischen den Arabern und den Israelis bemüht sind. Zwei Stunden lang sassen sie bei eisgekühltem Tee und Obst zusammen und sprachen über all die grösseren und kleineren Probleme zwischen den beiden Völkern.

„Wer ist Sana Hassan überhaupt?", lautete verständlicherweise die erste Frage von Jael. „Das ist nicht so wichtig und auch nicht so interessant", antwortete Sana. „Hassan ist mein Mädchename. Ich bin in Alexandria und in Kairo aufgewachsen. *Mein Vater war zwar* zehn Jahre lang Botschafter in den USA, aber unser Heim und auch das Haus meines Gatten befinden sich in Kairo. Ja, ich bin verheiratet. In der ägyptischen Presse wurde zwar das Gerücht verbreitet, dass wir geschieden seien; möglicherweise sollte es nicht bekannt werden, dass ich mit einem Beamten des ägyptischen Aussenministeriums verheiratet bin. Mein Mann weiss natürlich. dass ich hier in Israel weile.

ISRAEL IST EINE TATSACHE

Nicht leicht gelang es Jael, den politischen Standpunkt ihres Gastes zu erfahren. Endlich erklärte Sana: „Ich stehe' im politischen Leben. Mein Gatte war Sprecher des ägyptischen Aussenministeriums bei den Entflechtungsverhandlungen in Genf. aber dieses poli*tische Interesse soll mein Fa*milienleben nicht stören. Ich vertrete nicht eine bestimmte politische Gruppe, sondern spreche nur aus. was meine Freunde denken. Viele von diesen sagen wie ich: **Israel ist eine Tatsache, die besteht, nun geht es um geregelte Beziehungen mit diesem Staat.** Freilich kenne ich auch eine Minder*heit, die anderer Ansicht ist.*"

„Wie kann aus dieser Anerkennung der Existenz Israels der Friede erwachsen?", frug Jael weiter. „Nur etappenweise". erklärte Sana. „Die Anerkennung der Existenz Israels ist die erste Etappe. Die daraus zu folgernde zweite Etappe wäre, dass Krieg nicht die traditionelle Lösung sein kann. Dann erst *kommt die folgende Etappe*, die eine weitgehende Zusammenarbeit zwischen den beiden Staaten als Notwendigkeit sieht. Viele sind bereits zur ersten und manche schon zur zweiten Etappe vorgedrungen. Um zur entscheidenden Etappe der gedeihlichen Zusammenarbeit zu gelangen. muss zunächst Israel zu Verzichten bereit sein. Nur dann kann es zu offenen Brükken und einer echten Zusammenarbeit kommen."

AUCH DIE PALAESTINENSER SIND EINE TATSACHE

„Welche Verzichte soll Israel leisten? Hat Israel nicht schon Gebietsverzichten und Entflechtungen zugestimmt?" lautete die Gegenfrage Jaels.

„Israel muss auch die Palästinenser als eine Tatsache anerkennen", antwortete Sana. **„Es wird keinen Frieden in diesem Bereich geben, bevor ein selbständiger Palästinenserstaat entstanden ist** — das ist meine persönliche Ueberzeugung." „Ohne eine solche Lösung kann es keine Regelung mit Aegypten geben? Ist der ‚Mann von der Strasse' tatsächlich so sehr am Schicksal der Palästinenser interessiert?", warf Jael ein. „Eine schwer zu beantwortende Frage", erwiderte Sana, „aber es scheint mir so zu sein, wie ich sagte: Es besteht wirklich ein starkes Gefühl der Verbundenheit zwischen allen Arabern, die bereits in selbständigen Staaten leben. und jenen, die noch ‚in der Verbannung' leben müssen. Ein Abkommen zwischen Israel und Aegypten hinter dem Rücken der Palästinenser scheint mir undenkbar und unannehmbar zu sein. **Ägypten kann die Palästinenser nicht preisgeben.**"



Sana Hassan bei Jael Dayan-Sion

„*Ich begreife die Furcht Israels vor den Palästinensern*", fuhr Sana fort. „aber ich bin davon überzeugt, dass diese Furcht nicht berechtigt ist. Selbst wenn Arafat der Herrscher dieses Palästinenserstaates werden würde, er würde keine anderen Forderung stellen als die Selbständigkeit seines Staates und die Rückkehr Israels zu den Grenzen von 1967".

ZWEI VOELKER HABEN GLEICHES RECHT

„Würde Israel das Westufer an Jordanien zurückgeben, müsste der ganze Kampf nochmals beginnen. Hussein kann die Terroristen nicht eindämmen und wiederum müsste Israel eingreifen", erläuterte Jael.

Sana spricht von einer „historischen Gelegenheit", die sich Israel bietet. mit Hilfe der „Befreiungsorganisationen" einen selbständigen Palästinenserstaat aufzubauen. **Israel hat eine Verpflichtung gegenüber den Palästinensern; diese sind die Leidtragenden einer Entwicklung, die Israel Anrecht auf ein Gebiet gab, das beiden Völkern gehört.** *Wenn Israel wirklich nicht* bereit ist, sich dieses Gebiet mit den Palästinensern zu teilen, wie es verpflichtet wäre, so darf es sich wenigstens nicht in diesen Kampf der ‚Befreiungsorganisationen' einmengen. Israel muss den Palästinensern die gleiche Chance geben wie den Jordaniern."

„*Wäre es nicht naturgegeben*, zu einer Regelung mit Hussein zu gelangen und dann die Palästinenser zu einer Regelung mit Jordanien zu verpflichten", schlug Jael vor. Doch Sana erwiderte: **„Hussein besitzt kein Verfügungsrecht über diese Gebiete.** Genauso wenig, wie letztlich die arabischen Staaten den Juden das Recht auf die Gründung eines selbständigen Staates absprechen können, kann auch Israel das gleiche Recht der Palästinenser nicht ableugnen. Im Gegenteil, **Israel hat mit einer vorzeitigen Inanspruchnahme dieses Rechtes auf Staatsgründung den Palästinensern ein Unrecht bereit und wäre verpflichtet, diesem Volk bereitwilligste *Hilfe zu gewähren*.** *Dieses* Unrecht, das gutzumachen ist, dem israelischen Volk zum Bewusstsein zu bringen, erachte ich als die Hauptaufgabe ‚meines Besuches."

GUTE BEZIEHUNGEN ZUM PALAESTINENSERSTAAT

Auf den Einwand Jaels, dass Israel auf seine Sicherheit bedacht *sein* muss und wohl auf Jenin, nicht aber auf Jaffa, wohl auf Jericho, nicht aber auf Haifa verzichten kann, antwortete Sana: „Selbst wenn die moralische Verpflichtung Israels unberücksichtigt *bleiben soll*, ist es doch eine Tatsache, dass der israelische Staat schon wegen seiner geographischen Lage stets stärker sein wird, als der Palästinenserstaat, der zwischen ihm und Jordanien eingekeilt ist und sich militärisch kaum mehr als verteidigen kann und daher Israels Existenz nie gefährden wird."

Sana lobte die gedeihliche Zusammenarbeit zwischen Juden und Arabern im Westufergebiet, die nicht zuletzt den Bemühungen von Mosche Dayan zu verdanken war. In gleicher Weise könnte sich auch ein nützlicher Dialog zwischen Israel und diesem Palästinenserstaat, der letztlich vom jüdischen Staat abhängig wäre und mit diesem zusammenarbeiten müsse, entwickeln.

„Warum also nicht zunächst mit Hussein und dann erst mit den Palästinensern verhandeln?", frug Jael nochmals. „Weil Hussein selbst auf die Unterstützung *Israels angewiesen ist, wenn er* zu einer Regelung mit den Palästinensern gelangen will", antwortete Sana. „Jeder starke Staat ist zu Verzichten und Zugeständnissen bereit. Deutschland verzichtete auf Gebiete, die USA erkannten China an und sind bereit, einer Minderheit in ihrem Staatsgebiet, den Negern, das *Mitspracherecht zu gewähren* — warum also fürchtet sich das starke Israel vor Verhandlungen mit seiner Minderheit?

DISKUSSIONEN MIT ISRAELIS MOEGLICH

„Wie viele andere in meinem Freundeskreis habe auch ich lange *Zeit angenommen*, dass es schwer sei, mit Israelis zu diskutieren. Als ich zum ersten Mal zu einer *Aussprache* mit ihnen in einem Hotel zusammentraf, glaubte ich, zu einer Tee-Party *mit* der Maffia gekommen zu sein", erklärte Sana freimütig und entschuldigte sich zugleich lachend für ihren Vergleich. Auch sie hatte zuerst jene Vorurteile überwinden müssen, die sie bei Erwähnung des Wortes „Auschwitz" sogleich an „Dir *Jassin*" *erinnerten*. Aber sie musste bald zugeben, dass dieses Volk ein Lebensrecht besitzt.

Die Palästinenserfrage aber ist ihr von Kindheit an vertraut. Sana hat versucht, diese Probleme nicht nur zu verstehen, sondern sie auch einer Lösung näherzubringen.

Nichts bedauerte sie mehr als das Versäumnis, die Jahre von 1970 bis 1973 zu einer Regelung jener Probleme, die jetzt auf d. Tagesordnung stehen, nicht ausgenützt zu haben. Der Kippur-Krieg wäre nach [...] *Ueberzeugung vermeidbar* [...] sen. **„Auch jetzt ist Ae[...] wieder zu einer friedliche[...] sung bereit"**, versicherte [...] Die arabischen Staaten sp[...] nicht öfter von einer [...] rung der Kriegshandlung Israel, fügte sie hinzu.

Sana Hassan verabsc[...] sich mit einem „Schalon[...] ihrer Gesprächspartnerin Dayan-Sion und fügte [...] stisch hinzu: „Vielleicht wir uns schon bald in [...] treffen."

ISRAEL MUSS MEHR *DEN FRIEDEN T[...]*

In einem Interview i[...] schen Programm des Isra[...] Rundfunks hatte Sana erklärt: „Obwohl das Israel den Frieden will, nimmt es doch nicht ge[...] dieses Ziel zu erreichen.

Die Absicht Israels, jordanischen König H[...] Verhandlungen einzutre[...] diesem die palästinensi[...] de zurückzugeben, be[...] Sana Hassan als einen Irrtum, der zu vier Kr[...] führt hat. Solange Is[...] *nicht mit den Ansprü[...]* Palästinenser abfinde[...] wird es keinen Fried[...] können, wiederholte si[...] mals.

Szenen au[...]

Sterben

Noch

Menschen und Szenen aus dem Alltag

[M]ysterioeses Sterben der Baeume

Von SEEV TRONIK

zwei Jahren hatten die des Keren Kajemet die Zeichen des Verfalls fest-
Die Bäume fingen an ockoen und wurden am hingen die Äste ent- herunter bis der gan- m, wie von einer Art zerfressen, einging. Die eit griff um sich und urzer Zeit hatte sie sich meisten Wäldern des Gebirges, vor Jerusalem, tet. — Die Wissenschaft- den vor einem Rätsel. derartige Krankheitser- ng war noch nie festge- orden, weder im Lande noch im ganzen Mittel- m. Untersuchungen, die und Stelle durchgeführt , so wie eine intensive beit konnten den Krank- eger nicht ausfindig ma-

entschloss sich alle kran- ume — es handelt sich sogenannten Jerusalemer — zu fällen um jeder Ansteckungsgefahr vor- n, aber auch diese assnahme erwies sich als
Die Krankheit wütete wie eine Pest und das der Bäume konnte nicht lten werden.
Kieferwälder von Schaar m Judäa-Gebirge wurden r Mandats-Regierung in riode 1926—1932 ge-
Eine Fläche von 4.500 wurde für diesen Zweck rt; 1.600 Dunam davon ne von der mysteriösen eit befallen. Dr. R. Kar- Leiter der Waldschutzab- des Landwirtschaftsmini- gab bekannt, dass im Lande eine Fläche von ertausend Dunam mit epflanzt ist; die Zahl der wird auf rund 55 Millio- schätzt. Man befürchtet, e mysteriöse Krankheit anderen Regionen des auftritt. Dies könnte für swirtschaft katastropha- en haben.
Karschon teilte mit, dass srael Kieferbäume gibt. Alter von mehr als hun- hren erreicht haben. Es sich also nicht um eine scheinung handeln. Auch se Pflanzungsdichte, so- sser- und Nahrungsman- en als Krankheitsursache Betracht.
nigen Tagen werden in- Luftaufnahmen der be- Wälder gemacht um gkeitsunterschiede der den allgemeinen Zustand eferbepflanzten Flächen n genauen Umfang der ie festzustellen.
Karschon gab auch be- dass es in Israel keinen Spezialisten für Wald- iten gebe. Dies sei dar- ickzuführen, dass bis zum n der mysteriösen Epi- der Gesundheitszustand lder durchaus zufrieden- stellend war.

EIN ANDENKEN VOM HEILIGEN LAND

Abraham Wacholder, ein zwanzigjähriger Tourist und sein Freund und Reisegenosse, Guil Alpert, neunzehn Jahre alt, hatten sich zusammen zu einer heiligen Stätte des Christentums in Jerusalem begeben. Der Zweck ihres Besuches war weder seelische Erbauung noch Erweiterung des geistigen und kulturellen Horizonts. Als sie ihr Ziel erreicht hatten, zog sich Wacholder splitternackt aus und wendete sein Hinterteil der heiligen Stätte zu. Sein Kumpan blieb nicht tatenlos stehen; er zückte seinen Photoapparat und knipste die Heldentat dreimal ab.

Ein zufällig des Weges kommender Priester überraschte die beiden in flagranti; er alarmierte die Polizei, welche die zwei jungen Leute festnahm. Vor Gericht erzählten die beiden, sie hätten nicht die geringste Absicht gehabt das Christentum oder die heilige Stätte zu beleidigen. Wacholder behauptete, er habe sich an der einsamen Stätte ausgezogen um seine, durch den Marsch verschwitzte Unterwäsche zu lüften. Einer plötzlichen Eingebung Folge leistend, habe sein Kamerad dann die Szene geknipst. „Ich hatte ganz vergessen, dass wir uns an einer heiligen Stätte befinden", fügte Alpert ergänzend hinzu. Der Richter wies diese Begründung empört ab und verurteilte die zwei sonderbaren Pilger zu drei Monaten Gefängnis mit Bewährung.

MESSIANISCHE ZEITEN

„Bis auf weiteres haben wir hier, in Israel, nur einen Messias und der heisst -Vereinigte Staaten von Amerika!" Das hatte vor einigen Tagen Informationsminister Aharon Jariw festgestllt. Natürlich wollte der Minister damit nicht die unerhörte Behauptung aufstellen, der jüdische Messias sei auf seinem weissen Eselchen schon feierlich in Jerusalem eingezogen. Aber im Land der Bibel werden Erklärungen über den ungeduldig erwarteten Erlöser sehr ernst genommen, das sollte der Minister sehr bald zu seiner nicht geringen Überraschung feststellen.

In der Begründung eines Antrags zur Tagesordnung, rief der temperamentvolle Jehuda Ben Meir letzte Woche in der Knesset aus:

„Das jüdische Volk hat seinen Gott und es hat auch seinen Messias, der dem Geschlechte Davids entstammt. Aber der Herr Minister Aharon Jariw weiss es besser. Seiner Meinung nach ist das reiche und mächtige Amerika unser wahrer Messias."

Zwischenruf des Abgeordneten Jizchak Golan von den Unabhängigen Liberalen: „Am Vorabend des Tischa Beaw, des Jahrestages der Tempelzerstörung, erlaube ich mir Sie zu fragen: Wann kommt der Messias um uns zu erlösen?"

Ben Meir: „Da die Regierung es sich neuerdings anmasst zu bestimmen, wer der Messias ist, kann ich Ihnen nur raten sich auch in bezug auf das Ankunftsdatum des Gesalbten sich an sie wenden. Allerdings müssen Sie darauf gefasst sein, dass Ihnen verschiedene Daten genannt werden, da ja bekanntlich die Herren Minister auch über die wichtigsten Fragen verschiedener Meinung sind.

AUSSPRÜCHE DER PROMINENTEN

Generalstabschef Mordechai Gur (der die Evakuierung der Sebastia-Siedler persönlich leitete): Wir haben gemeinsam beschlossen, dass die Evakuierung ohne Machtanwendung vor sich gehe.

Den Soldaten habe ich dementsprechende Anweisungen gegeben. Ich bitte jedes Handgemenge zu vermeiden. Verhaltet euch bitte unserem gemeinsamen Beschluss gemäss. Soldaten, erfüllt jetzt die Aufgabe, die euch anvertraut worden ist!

Menachem Felix, Sprecher der Sebastia-Siedler: Wenn uns ein Soldat auffordert diese Stätte zu verlassen, so verlangt er den Vollzug einer ungesetzlichen Handlung. Denn es gibt ein Gesetz, das über den Gesetzen des Staates steht. Aber widersetzt euch den Soldaten nicht. Wir gehen geschlossen zur Klagemauer um dort über die Fortsetzung unserer Aktion zu beschliessen.

Schlomo Awneri (Professor an der Jerusalemer Universität): Die Mthoden mit denen diese Siedler operieren sind genau die, welche der organisierte Jischuw seinerzeit gegen die Mandatsregierung anwandte um die Befreiung des Landes zu erwirken. Was die Freiheitsbewegung des jüdischen Volkes damals als ein legitimes Kampfmittel gegen die frmde Herrschaft betrachtete, ist jetzt in den Händen der Oppositionsparteien Mittel und Weg um die Autorität der gewählten Regierung des Staates Israel zu untergraben.

KOENIG HUSSEIN HAT ZU WAEHLEN:

Annahme des Allon-Planes oder Verlust aller Erfolgschancen

von YACHIN

Der jordanische König Hussein fühlt sich stark, seit er im Abkommen mit dem ägyptischen Präsidenten Sadat erreicht hat, dass ihm die Jurisdiktion über diejenigen Palästinenser zugesprochen wird, die in Ostjordanien wohnen. Die Palästina-Befreiungsorganisation soll nur für die Palästinenser zuständig sein, die verstreut in den Flüchtlingslagern der Nachbarländer untergebracht sind.

Hussein will seine Stärke bei seinem Besuch in Washington „unter Beweis stellen" und hat im Gefühl seiner neu gewonnen Kraft Verschiebung der für Anfang September geplanten arabischen Spitzenkonferenz gefordert. Zugleich besteht der König darauf, dass am Jordan nach dem Muster von Aegypten und Syrien Truppenentflechtung vorgenommen wird, und Husseins Verwaltung soll als Vorbote einer neuen Zukunft in Jericho erscheinen.

Dies sind die Vorstellungen des Königs, aber in Wirklichkeit sehen die Möglichkeiten, die sich für ihn ergeben, ganz anders aus. Die russische Regierungszeitung „Iswestija" hat den Moskau-Besuch des Führers der Palästina - Befreiungsorganisation, Arafat, mit der Feststellung begleitet, die Palästinenser sollten sich nicht auf einen Ministaat einlassen, der aus dem Westufergebiet und der Zone von Gaza besteht und der ein „Anhängsel" reaktionärer und imperialistischer Kräfte" wird. Die Sowjets möchten erreichen, dass in diesem Staate, wenn er zustande kommt, der „Geist der Revolution weiterlebt" und, dass er ihr Stützpunkt im Nahen Osten wird.

Mit diesen Erklärungen bestätigt die „Iswestija" genau die Einwände der Regierung Israels gegen einen eigenen Staat der palästinensischen Araber. Nach der Meinung von Jerusalem würde dieses Staatsgebilde zu einem sowjetischen Stützpunkt werden, dorthin würden Mengen sowjetischer Waffen eingeschleust werden, und die Gefahr eines Angriffs auf die neuen Grenzlinien (dieses Mal unweit von Tel Aviv) würde permanent sein.

Die Bildung dieses neuen Staates würde in gleichem Masse auch König Hussein bedrohen. Dieser hat bisher verkündet, dass zuerst die Israelis die besetzten Gebiete räumen sollen, und dann werde er es der Bevölkerung überlassen, im Wege der Selbstbestimmung über ihr Schicksal zu entscheiden. Wenn in diese Gebiete jedoch Arafat, Dr. Habasch und Ahmed Jibril (um einige der Untergrundführer zu zitieren) einziehen werwerden, dann kann man sich *sehr schnell vorstellen*, welches Ergebnis eine Volksbefragung haben wird und wie wenig Chancen dem König Hussein bleiben. Ja, noch mehr, sein Regime würde nicht nur westlich, sondern auch östlich des Jordan gefährdet werden.

So wie die Dinge sich im Nahen Osten entwickelt haben, besteht heute eine gewisse Identität der Interessen Israels und Jordaniens. Die Israelis haben Hussein, besonders mit Hilfe des Allon-Planes, eine Funktionssteilung vorgeschlagen. Sie wollen ihm den grössten Teil des Westufergebietes einschliesslich der grossen Städte zurückgeben, und in allen Orten kann die jordanische Zivilverwaltung etabliert werden. Daneben sollen israelische Truppen im Westufergebiet und insbesondere am Jordan stationiert bleiben, um die Sicherheit Israels zu gewährleisten. Auf diese Weise würde auch Husseins Zivilverwaltung stabilisiert, und die Möglichkeit würde ausgeschlossen werden, dass östlich der israelischen Linien ein weiterer sowjetischer Stützpunkt mit revolutionären antiisraelischen Neigungen entsteht. Ferner würde bei dieser Regelung die enge wirtschaftliche Zusammenarbeit, die sich zwischen dem besetzten Gebiet und Israel seit 1967 herausgebildet hat, weiter in Kraft bleiben können.

Die Israels haben durch alle möglichen Kanäle (nach der Angabe amerikanischer Journalisten auch mittels Gesprächen unter Beteiligung von Dayan und Allon) dem König Hussein diesen Kompromiss angeboten, in ihm sieht die Regierung Rabin ihr aussenpolitisches Programm und die eigentliche Friedenschance. *König Hussein, als nationalistischer Araber*, hat bisher alle israelischen Angebote abgelehnt u. besteht auf Wiederherstellung des Zustandes vom 4. Juni 1967. Dazu wird er jedoch nie die Zustimmung Israels erreichen, und im Grunde genommen steht Hussein vor folgender Wahl: Annahme des israelischen Angebotes und damit wenigstens teilweiser Wiederherstellung der jordanischen Verwaltung oder Oberhoheit im Westufergebiet oder Verlust des Westufergebietes und vielleicht auch seines eigenen ostjordanischen Staates an die Untergrundverbände, die sich mehr denn je auf Moskau und revolutionäre Kräfte stützen können.

Alle anderen Pläne und Optionen werden sich früher oder später als Illusionen erweisen, und vielleicht wird König Hussein *nach seinem Besuch in Washington* einsehen, dass ihm keine andere Wahl bleibt. Würde er auf das Kompromissangebot der Regierung Rabin eingehen, so würde er einen entscheidenden Beitrag zum Frieden und zur Herbeiführung stabiler Verhältnisse im Nahen Osten leisten.

Noch immer eine delikate Frage?

Die israelisch-deutschen Kontakte

Angefeindet und verhöhnt, beschimpft und unpatriotisch geheissen wurden die ersten Israelis, die bereits um die Mitte der fünfziger Jahr vorsichtige, noch schwache Bande zu Deutschen knüpften. In jener Zeit entstand in Haifa der Forum-Kreis, den Hans Landsberger gründete und bis heute führt; nicht lange danach begann auch Benjamin Jeremias in Naharia mit seinem Oliva-Kreis, der sich Verbindung zu allen gutwilligen Menschen zur Aufgabe macht — zu Juden und Arabern, zu Christen und Buddhisten, also auch zu Deutschen — und hier fand er einen starken Ausdruck seiner Aktivität — ausser der Stärkung des jüdisch-arabischen Verständnisses.

Und einzelne Männer standen auf, die in Wort und Schrift für diese Kontakte eintraten, da sie glaubten, damit dem Volk und dem Staat Isral ebenso zu dienen, wie den wahren Begriffen der Menschlichkeit. Aber viele Jahre dauerte es, bis man von *wirklichem* Kontakt sprechen konnte, von sich anbahnenden Beziehungen, die über Einzelne hinausgehen.

Als der Jerusalemer Ingenieur Epstein seine ersten israelischen Jugendgruppen nach Deutschland sandte, geschah das noch in der Stille. Man machte nicht allzuviel Reklame um solche Dinge. In Tel-Aviv wurde ein Kreis geschaffen, der sich Dialog nannte, er suchte ebenfalls Bindung zu anderen Nationen, darunter auch solche zu den Deutschen. Aber all diese Versuche blieben im Grunde begrenzt, im Verhältnis in sehr engem Rahmen. Und die Zeitschrift „Israel-Forum", die Landsberger sozusagen aus Israel nach Deutschland sandte, hatte ein gewisses Echo in der deutschen Jugend, aber sie fand kaum Einfluss in Israel selbst — und sie war auch auf die Dauer nicht dynamisch genug, um sich ihre Position zu erhalten.

Dann fingen die ersten offiziellen Persönlichkeiten in Israel an, sich mit dieser Frage der Bindung zwischen Israelis und Deutschen zu beschäftigen. In Tel Aviv war es der Leiter der Jugend- und Kulturabteilung der Stadtverwaltung, Schaul Lewin, der, in Verbindung mit seinem Kölner Kollegen, Dr. Gisbert, Gruppenaustausch förderte. Einzelne andere Männer des öffentlichen Lebens in Israel stiessen dazu, aber auch hier gab es kaum eine Ausweitung. Und als der Autor dieser Zeilen, im April 1967, bei einem Besuch in Deutschland, auf die Idee kam, man müsste den Kreis von Freunden eines israelisch-deutschen Kontaktes, den er zehn Monate vorher geschaffen hatte, zu einer Organisation ausweiten, damit die zumeist jüngeren Deutschen, die nach Israel kommen, eine Adresse haben, an die sie sich wenden können, da war es, als ob die Mauer durchstossen werden könne. Aber erst durch die Haltung der Mehrheit des deutschen Volkes Israel gegenüber, als die Bedrohung des jüdischen Staates durch die Araber gefährlich wurde, kam es zu dem entscheidenden Umschwung in der öffentlichen Meinung Israels, zu diesem Umschwung, der es mit sich brachte, dass der „Verband zur Förderung israelisch-deutscher Kontakte ‚die Begegnung' ", der sich aus diesem ersten Kreis entwikkelt hatte, zu einer grossen Organisation wurde.

Ein Vorstand wurde gewählt, Heinz Orgler übernahm den Vorsitz. Bekannte Persönlichkeiten des deutschsprachigen Kreises *in Israel* formierten *die* Leitung der Organisation. Der Direktor der URO, Dr. Harry Knopf, der ehemalige Präsident der Tel Aviver Menora-Loge der Bne Brit, Dr. Hugo Kern der Anwalt Henry Safier, der Redaktor der Tageszeitung „Jediot Chadashot", Publizist und Schriftsteller, Dr. Abner Nechuschtan s.A. (ihm folgte im Vorstand später seine Frau Margalit), Frau Helga Rosenzweig, durch ihre Sozialarbeit im Rahmen ihrer Loge geschätzt, und der Gründer der „Begegnung", der Journalist Martin Bielski, gehörten dem ersten Vorstand an, ausser dem Vorsitzenden, der den Hauptteil der Arbeit auf sich genommen hatte. In wenigen Wochen wird die Generalversammlung der Organisation ihre zweite Wahl durchführen.

Aus allen Kreisen waren die Mitglieder gekommen, um an dieser Arbeit teilzunehmen. Professoren und Dozenten der Universität, Journalisten und Schriftsteller, Kaufleute und Rentner, Arbeiter und Angestellte, sie fanden sich zusammen, um an dieser Sache zu arbeiten. Die Organisation machte es sich zur Aufgabe, dafür Sorge zu tragen, dass deutsche Besuchergruppen in israelische Häuser kommen können — man lädt sie als Gäste am Wochenende ein —, dass es zu einem offiziellen Empfang in den Räumen des Verbandes kommt, bei dem man auch Wert darauf legt, den Gästen keine grossen Reden zu halten, sondern Kontakte herzustellen. Eine Sonderabteilung sorgt dafür, dass israelisches Material aller Art an Studenten, Lehrer, Dissertationen schreibende Kandidaten herausgehe, so dass der hier um Hilfe ansuchende Deutsche ausreichend Informationsmaterial über Israel und Judentum erhält, Brieffreundschaften werden vermittelt und hin und wieder stellt der israelische Verband auch Redner für Veranstaltungen in Deutschland. Die Entsendung von isr. Jugendgruppen in die Bundesrepublik ist bereits mehrere Male Wirklichkeit geworden, da es der „Begegnung", nach langem Ringen, endlich gelungen war, eine Gruppe von jungen Menschen aufzunehmen.

Niemand kann bestreiten, dass die Arbeit von grosser politischer Bedeutung für Israel und für die Sache ist, die der jüdische Staat vertritt. Der Verband kämpft auch darum, den Knessetbeschluss, welcher die Kulturbeziehungen mit Deutschland bis auf ein kleines Minimum beschränkt, aufheben zu lassen, da de facto ohnehin bereits starke Abbröckelungen bei der Durchführung des Beschlusses beobachtet werden können. Dass aber hier auch, noch keine drei Jahrzehnte seit der Beendigung des Zweiten Weltkrieges, menschliche Kontakte geknüpft werden, die man kaum für möglich gehalten hätte, sollte nicht übersehen werden. „Die Begegnung" stützt sich auch auf alle Kreise des israelischen Volkes, sie geht tief in die Masse hinein.

M. BIEL

DER FUENFTE AUSCHWITZ-PROZESS

Seit sieben Monaten läuft der fünfte Auschwitz-Prozess vor *dem Schwurgericht in Frankfurt* am Main: wahrscheinlich ist erst im nächsten Jahre ein Urteil zu erwarten. Von Anfang an stand der Prozess unter einem schlechten Stern. Um die Zeugenaussagen und deren Wertung gab es häufig Erörterungen. Schliesslich konzentrierte sich der Prozess auf eine Hauptfrage: Welcher Zeuge hat mit eigenen Augen gesehen, dass der ehemalige SS-Unterscharführer Alois Frey, Leiter eines Auschwitz-Nebenlagers, bei dessen Evakuierung im Januar 1945 zwei Häftlinge erschossen hat, weil diese einen Schlitten mit Gepäck von Wachmannschaften nicht schnell genug an einer bestimmten Stelle umgewendet hatten.

Der Hauptzeuge für diese Feststellung, die von grösster Wichtigkeit für den Ausgang des Prozesses ist, namens Weinblum, lebte in Israel, aber er war *kränklich und konnte zu* dem Prozess nicht kommen. Als das gesamte Gericht vor mehreren Monaten zur Vernehmung dieses Zeugen nach Israel reisen wollte, machte ihm ein Referat des Auswärtigen Amtes einen Strich durch die Rechnung: Es empfahl der Hessischen Justizverwaltung, die Reisekosten nicht zu genehmigen, weil man in Israel — was im übrigen in keiner Weise zutraf — an diesem Aufwand Anstoss nehmen würde. Einige Wochen später entschied ein Frankfurter Richtergericht, dass die Justizverwaltung in keiner Weise die Beweisführung eines Schwurgerichts durch Verweigerung der Kosten behindern dürfe. Daraufhin kam es *vor wenigen Wochen schliesslich* doch zu der Reise. — Doch als das Gericht ankam, stellte sich heraus, dass der Zeuge inzwischen verstorben war.

Es blieb nur noch ein Schwager des Verstorbenen als Zeuge übrig.

Jetzt finden Erörterungen zwischen Gericht, Staatsanwaltschaft und Verteidigung darüber statt, in welcher Weise frühere Angabe des verstorbenen Zeugen Weinblum verwendet werden können, inwieweit waren diese glaubwürdig, müssen die früheren Vernehmungsbeamten vernommen werden und wie steht es mit der Vernehmung etwaiger anderer Zeugen. Welches Resultat dieser Prozess haben wird, lässt sich noch in keiner Weise absehen.

R.M.W.K.

NÄCHSTEN MONAT: MILCH-KONTROLLEN-KONGRESS

Im September findet in Israel ein internationaler Kongress der „Milch-Kontrolleure" statt. Israel gehört dem internationalen Verband erst seit vier Jahren an, doch ist Israel eines der ältesten „milch-kontrollierenden" Länder. In den Dreissigerjahren, als es im Jischuw etwa tausend Kühe in zwölf Siedlungen gab, wurde die Kontrolle eingeführt. Gegenwärtig zählt Israels Molkereiwirtschaft etwa 56.000 Kühe in 215 Siedlungen. 6650 Liter Milch pro Kuh im Jahr ist das derzeitige Durchschnittsprodukt, welches dem der höchstentwickelten Länder nahekommt.

WOHIN GEHT MAN?

WOHIN Sie auch immer gehen, verlangen Sie überall [E]LITE KAFEE. Er ist der Beste.

Europäische Signale aus Kingston

Konferenz der EWG mit 44 Entwicklungslaendern beendet

Eine ungewöhnliche Konferenz ist erfolgreich beendet worden. Niemals zuvor haben sich Politiker aus den wichtigsten Ländern der Alten Welt, den neun EWG-Ländern, in einem tropischen Ort der dritten Welt, in Jamaika, der früheren britischen Kolonie, mit verantwortlichen Politikern aus 44 Ländern der dritten Welt getroffen, um über einige Kernprobleme der Entwicklungspolitik und der internationalen Wirtschaftsordnung zu verhandeln. Ob die europäische Oeffentlichkeit — so wurde nach der Konferenz gesagt — wohl begreifen wird, dass in Kingston wirklich etwas „passiert", dass hier im harten Ringen der handelspolitischen und finanzpolitischen „Profis" von seiten der europäischen Länder der ernste Versuch gemacht worden ist, zur Lösung der dringlichsten Probleme dieser Länder etwas Substantielles beizutragen? In Kingston sind nicht Resolutionen verabschiedet worden, sondern in Kingston sind politische und finanzielle Verpflichtungen eingegangen worden.

Als die Europäische Kommission im April 1973 ihre Vorschläge zur Stabilsierung der Erlöse einiger wichtiger Grundprodukte vorlegte, wurden diese Vorschläge entweder als unrealistische Bürokratenfleissarbeit belächelt oder als Anschlag auf die freie Weltwirtschaftordnung beschimpft. Als auf den beiden Brüsseler Konferenzen des letzten Jahres mit der praktischen Arbeit begonnen wurde, ja noch zu Beginn der Konferenz von Kingston, war unklar, ob die Entwicklungsländer den Vertrauensvorschuss der EWG-Länder anzunehmen bereit sein würden, zugleich aber von ganz und gar unrealistischen Forderungen Abstand zu nehmen willens wären.

Das Gelingen der Konferenz von Kingston war nicht sicher, zumal die EWG-Länder in gefährlicher Weise mangelhaft vorbereitet und in wichtigen Fragen, etwa der Zuckerpolitik, zerstritten nach Kingston gekommen waren. Aber sie waren dazu ‚verdammt', eine Lösung zu finden. Die Abwesenheit des britischen Handelsministers Shore trug zur Entspannung des Klimas unter den Neun bei. Der französische Aussenminister Sauvagnargues hat nach übereinstimmender Meinung als Sprecher der Neun keine sehr glückliche Rolle gespielt. Dass er schlecht gelaunt und über die Briten verstimmt ankam, war noch begreiflich. Kaum verständlich und bei einem französischen Diplomaten nahezu unverzeihlich war, dass er die Akten nicht gut genug zu kennen schien und mit einigen Formulierungen die Entwicklungsländer vor den Kopf stiess. Er schien die politische Bedeutung dieser Konferenz zu unterschätzen. Ohne das französische Mitglied der Europäischen Kommission, Cheysson, und seine Mitarbeiter wäre die Einigung vielleicht gar nichu gelungen.

In den nächsten Monaten bis zum Vertragsabschluss bleibt noch viel für die Brüsseler Botschaft dort zu tun. mit enormen Schwierigkeiten wird ständig zu kämpfen bleiben. Als das Ergebnis der Konferenz von Kingston kann dennoch folgendes festgestellt werden:

1. In einer Welt, in der die meisten Entwicklungsländer unter den Folgen der Inflation und der Oelkrise schwer leiden und sich die Spannungen zwischen armen und reichen Ländern ständig vergrössern, hat eine Gruppe von 9 Industrieländern mit 520 Millionen Menschen zusammen mit 44 Entwicklungsländern mit der gleichen Bevölkerungszahl beschlossen, engere handelspolitische Bindungen einzugehen und neue Wege der Entwicklungspolititik zu beschreiten. Im gleichen Augenblick, in dem sich die breite Oeffentlichkeit von den Entwicklungsländern eher abzuwenden beginnt, ist dies ein ungewöhnlicher politischer Vorgang.

2. Die Industrieländer, von denen einige mit ganz anderen internen Schwierigkeiten zu kämpfen haben, haben es in Kingston klarzumachen verstanden, dass man sie finanziell nicht überfordern darf und dass jede Entwicklungspolitik, so auch die Politik zur Stabilisierung der Exporterlöse, die Weltwirtschaftsordnung nicht zerstören darf. Der parlamentarische Staatssekretär Wischnewski vom Bonner Auswärtigen Amt hat festgestellt, dass die eingegangenen finanziellen Verpflichtungen sich im Rahmen dessen halten, was der Bundeshaushalt verkraften kann. Von den 11 bis 12 Milliarden, die in den nächsten fünf Jahren für diese neue Politik zur Verfügung gestellt werden sollen, zahlt die Bundesrepublik etwa ein Viertel. Allerdings sah sich Wischnewski ausserstande, dem dringlichen Wunsch dieser Länder Rechnung zu tragen, den Fonds gegebenenfalls später aufzustocken.

3. Die „Front" der 44 Länder hat unter schwierigen Bedingungen gehalten, wobei sich, begreiflicherweise, die 19 frankophonen assoziierten Staaten wesentlich leichter taten als die anglophonen Staaten, von denen einige ihr Misstrauen gegenüber Brüssel noch überwinden müssen.

4. Die Konferenz von Kingston hat nicht nur Folgen für die Beziehungen zwischen der EWG und den 44 Entwicklungsländern, sondern auch für den Zusammenhalt der EWG selbst. Es ist nun politisch schwer vorstellbar geworden, dass die Briten sich aus der Gemeinschaft zurückziehen. De britische Politik gegenüber den Commonwealth-Staaten würde ganz und gar unglaubwürdig werden. Wischnewski sprach nach der Konferenz von der „Klammer von Kingston".

H.H.G.

Beirut wird internationaler Finanzplatz

Durch die Ereignisse auf dem Energiesektor hat das Bankensystem im Mittleren Osten erheblich an Bedeutung gewonnen. Schon seit längerer Zeit haben die internationalen Finanzinstitute ihre Tätigkeiten auch auf diese Plätze ausgedehnt. Die „Eroberung" der Finanzplätze in der arabischen Welt erfolgte hauptsächlich in zwei Richtungen: *einmal haben sich ausländische Banken in Saudiarabien u. in den Ländern am Persischen Golf — hier vor allem in Kuwait — niedergelassen.* Daneben haben sich die Aktivitäten auf den Finanzplatz Beirut konzentriert. In Libanon arbeiten 74 Bankinstitute, von denen zurzeit noch 35 in libanesischen Händen liegen. Bei den ausländischen *Banken, die sowohl Zweigniederlassungen als auch Beteiligungen im Lande unterhalten,* stehen die Amerikaner, Franzosen und Engländer im Vordergrund, es folgen die Kanadier und die Italiener. **Auch die Moscow Narodny Bank unterhält in Beirut eine Zweigniederlassung,** ebenso die bulgarische Aussenhandelsbank. Die ausländischen Beteiligungen an libanesischen Instituten, die von Mehrheits- (wie etwa die der *Schweizerischen Kreditanstalt*) bis zu Minoritätsbeteiligung reichen, sind sehr vielfältig. Besonders im letzten Jahr haben sich die Ausländer, vor allem Amerikaner und Franzosen, um den Erwerb libanesischer Banken bemüht und auch eine Reihe von Abschlüssen getätigt. Gegenwärtig stehen weitere grosse internationale Finanzinstiute mit libanesischen Banken in Uebernahmeverhandlungen. In Beirut werden für eine Banklizenz rund 4 Mio. lib £ bezahlt; dennoch fällt dieser Betrag weniger ins Gewicht als die zusätzlichen Bedingungen, die vielleicht die libanesischen Besitzer stellen möchten.

UEBERFREMDUNGS-GEFAHR?

Diese Entwicklung hat zu gewissen Befürchtungen hinsichtlich der Ueberfremdung des libansischen Bankensystems geführt. Der Industrieminister ist kürzlich mit einem wenig liberalen Gesetzesvorschlag vor das Parlament getreten. Der Minister, *der selbst eine der grössten libanesischen Banken besitzt* und zudem einige grosse einheimische Industriegesellschaften gegründet beziehungsweise geleitet hat, geht bei seinem Vorschlag davon aus, dass die Vorstellung, wonach die ausländischen Banken mehr Kapital nach Libanon bringen, als sie herausnehmen, jeglicher Grundlage entbehrt. Der Industrieminister hat nachgewiesen, dass die ausländischen Banken eher dazu neigen, inländische Gelder, worunter auch arabische Oelgelder verstanden werden können, im Ausland anzulegen, was — nach dem Minister — nicht der Zweck dieser Institute sein sollte. Nach der Annahme des Ministers haben die Depots im Jahre 1973 6 Mia. lib. £ erreicht, von denen 56% bei nichtarabischen ausländischen Banken lagen. 11,7 Prozent und 11,3 Prozent sind jeweils bei arabischen und libanesischen Banken mit arabischer Beteiligung deponiert worden. Die restlichen 20 Prozent befinden sich bei rein libanesischen Banken. Auf die ausländischen Institute entfielen 60 Prozent der ausgeliehenen Gelder, während der Anteil der arabischen und libanesischen Banken 18 Prozent beziehungsweise 22 Prozent ausmachte. Nach diesen Zahlen dienen die einheimischen Banken — wie der Minister ausführte — weit besser den Bedürfnissen des libanesischen Marktes und stellen praktisch das Rückgrat des Kreditapparates im Lande dar.

WENIG LIBERALE GESETZESVORSCHLÄGE

Um diesen Kreditapparat libanesischen Händen zu beh ten, werden nun im neuen Ges folgende Bestimmungen vor schlagen: Ausländische Bete gungen sollen in Zukunft 25 Prozent limitiert werd Weiter ist eine Neuklassifiz rung der Banken in solche 75 Prozent einheimischer Be ligung und in andere vorgesel Ferner sollen ausländische Ba unternehmen in Libanon nur ne einzige Zweigstelle unter ten können. Die Banklin müsste nach dem Vorsc jährlich bei der Zentralbank neuert werden; dabei sollten rein arabischen oder arabi libanesischen Banken, eine zugsstellung geniessen. Au dem ist vorgesehen, dass die tralbank hinsichtlich der Inv tionspolitik der Banken schärfere Kontrolle ausüben

So wünschenswert es das libanesische Bankensy vor einer Ueberfremdung schützen, eine derartig st Gesetzgebung würde dem li len Charakter des libanesis Wirtschaftssystems wider chen, was auch in einer En nung des Handelsministers Ausdruck kam. Der Appell Handelsministers gipfelt in Feststellung, die libanesi Banken sollten zusammen ten beziehungsweise sich zu menschliessen, um den ausl schen Einflüssen besser e hen zu können.



115.

„Leider nicht, mein Freund. Ich darf den Beamten nicht länger warten lassen. Und es wird stundenlang dauern. Dabei muss dieser Mann morgen früh ganz zeitig im Amt sein. Wir haben Probleme von ziemlichem Ausmass zu bewältigen. Sie entschuldigen — es geht um sehr viel Geld ..."

„Madame ..."

„Nein. Machen Sie mich nicht ärgerlich, Herr Aranda! Ich sage doch: Kommen Sie wieder. Ich habe noch viel zu erzählen. Und vergessen Sie Ihren Hofrat nicht. Der wartet ab zwölf auf Sie. Es ist fast Mitternacht. Sie kommen ohnedies zu spät. Sie könnten gar nicht mehr hierbleiben, auch wenn ich Zeit hätte. Schliesslich sind die Fotos doch im Moment wichtiger als alles andere — oder?"

Manuel gab auf.

„Sie haben recht."

„Aber Sie rufen an! Sie kommen wieder!"

„Bestimmt."

„Gut." Sie reichte ihm eine kühle, trockene Hand. Er küsste sie.

„Mein Herr", sagte Georg.

„Machen Sie sich keine Mühe! Ich kenne mich hier schon aus."

„Nein, nein, ich begleite Sie selbstverständlich. Madame wünscht es so."

Die beiden Männer sahen einander an. Georg lächelte unerschütterlich. Manuel zuckte die Schultern. An der Seite des Dieners verliess er den Raum, nachdem er sich vor Nora verneigt hatte.

Sie wartete einen Moment, dann schwang sie auf ihren Krücken in den Gang mit den vielen Türen und den neunundvierzig Stellungen des Giulio Romano hinaus. Manuel und Georg verschwanden eben hinter einer Biegung vor der Treppe, die in die Halle hinabführte. Musik, *Stimmen und Gelächter drangen* zu Nora herauf.

Sie wartete wieder einige Sekunden, dann schwang sie den Gang hinab. Die Lämpchen über manchen Türen brannten, auch die über der des ‚Kleinmädchen-Zimmers', das Nora betrat, ohne anzuklopfen.

Jean Mercier erhob sich aus dem roten Sesselchen.

Nora warf die Tür hinter sich zu.

„Grossartig, Madame, ganz grossartig!" rief der Franzose.

„Santarin schon fort?"

„Er ist erst vor einer halben Stunde gegangen. Bis dahin haben wir beide alles gehört, was Sie dem jungen Aranda erzählten. Santarin lässt sich herzlich bedanken. Er ist so zufrieden wie ich. Aber dass Sie Ihre Erzählung gerade an dieser Stelle unterbrochen haben, das war die Spitze! Herlich! Und ob Aranda nun wiederkommt!"

„Ja, davon bin ich auch überzeugt", sagte Nora Hill und dachte: Wenn ich bloss nicht so sehr in der Hand dieser gottverfluchten Hunde wäre. Sie fragte lächelnd: „Hat Ihnen der Film mit dem Fliegenden Holländer geholfen?"

„Ausserordentlich, Madame. Ich bin Ihnen sehr verbunden für Ihre Hilfe ... Und nun verraten Sie mir bitte noch schnell, was für ein Papier das ist, das Aranda bei sich trägt. Alt ... Pasteur ... Seidenraupenseuche ... Santarin bittet Sie, es nun mir zu sagen ... Er hat das alles mit Ihnen besprochen, nicht wahr?"

„Ja." Nora seufzte. „Also passen Sie auf ..."

60

Der Hofrat Wolfgang Groll trug seinen alten Morgenmantel und Pantoffel. Die Krawatte hatte er abgelegt, das Hemd geöffnet. Er stand vor dem summenden *Samowar in seiner Bibliothek und füllte zwei* Tassen mit Tee. Eine stellte er auf den Schreibtisch, auf dem sich Bücher und Manuskripte häuften, die andere reichte er Manuel, der in einem tiefen Fauteuil sass.

„Zucker ... Zitrone ..."

Der beleibte Kriminalist mit dem silbernen Haar, der, wie es schien, keine Ermündung kannte, eilte hin und her, öffnete den Flügel eines Fensters und kehrte schliesslich in seinen geschnitzten hohen Lehnstuhl hinter dem Schreibtisch zurück.

Am Fuss der Bronzelampe lehnte der kleine vergoldete Rahmen, in dem sich, unter Glas, ein goldgelbes Ginkgo-Blatt befand.

Im Lichtkegel lagen das Papier mit der Handschrift von Manuels Vater und davor die sechs Farbfotos, die Manuel von Nora Hill gekauft hatte. Groll nahm die Zigarre aus dem Mund, schlürfte Tee, rauchte wieder und biss sich auf die Lippe.

„Na!" sagte Manuel.

Es schien, als schrecke der Hofrat tief aus Gedanken auf.

„Jetzt haben Sie aber wirklich Zeit genug gehabt", meinte Manuel.

„Zeit wozu?"

„Nachzudenken, was Sie mir zu all dem zu sagen haben. Oder ist Ihnen das so sehr in die Glieder gefahren?"

„Ja", sagte Groll, „das ist es. Wie dieser Bogen zu Frau Steinfeld gekommen sein kann, das weiss ich nicht. Dazu kann ich überhaupt nichts sagen. Das ist ... *unheimlich ist das das! Und in Verein mit den* Fotos ..."

„Ja? Ja?"

„Es gibt Fälle, die man nicht lösen kann. Ich fürchte, das ist so ein Fall."

„Aber wieso? Ich finde, wir kommen einer Lösung näher und näher!"

Groll seufzte.

„Sie kennen die drei Menschen auf den Fotos! Das haben Sie selber vorhin gesagt — oder nicht?

Groll seufzte wieder.

„Das habe ich gesagt. Und nach Ihrer Besch bung ist der Mann, den Sie bei Nora Hill in in Aktion sahen, auch Vasiliu Penkovic."

„Und warum hat er die Fotos aufgenommen?"

„Ich habe keine Erklärung ... keine stichhaltig

„Dann fragen Sie diesen Penkovic doch! Lasser ihn kommen."

„Das geht leider nicht", sagt der Hofrat trist.

„Warum nicht?"

„Penkovic hat sich in unserem Land schon eir geleistet, das dringend aufklärungsbedürftig wa und noch ist. Denn immer, wenn man ihm an Kragen wollte, bekam das Innenministerium von Sowjets einen Wink. Höflich, verstehen Sie? Bitte, nur ein kleiner Wunsch. Man möge Herrn kovic doch in Ruhe lassen. Wenn man es nicht könnte die Sowjetunion das als einen unfreundli Akt ansehen."

„Und so wird man Herrn Penkovic also in weiter in Ruhe lassen!"

„Manuel ..." Groll strich sich durch das I „Nach allem, was Sie bisher mit unseren Behö erlebt haben und was ich Ihnen über die Situ Oesterreichs erzählte — glauben Sie, dass irgen mand es wagen würde, vorsätzlich die Sowjets zu ärgern? Nein", sagte Groll, „das ist das Verflucht dieser Geschichte! Ich kenne Penkovic gut. Aff um Fotos, die er aufgenommen hat und die dan gend jemandem zugespielt wurden, gab es schor paarmal. Wir haben uns mit Herrn Penkovic u halten, ihn höflich gebeten, uns zu helfen."

„Und?"

„Er musste immer herzlich um Entschuldi bitten: Er hatte keine Ahnung, wovon wir red. Was wir mit ziemlicher Sicherheit wissen: Penk übernimmt — er ist ein glänzender Mann fü etwas — häufig Aufträge von sowjetischer S Leute zu beschatten und zu fotografieren" — (wies auf die Bilder — „wie hier. Nur hat er die auch noch ein zweites Geschäft daraus geemacht."

„Welches Interesse hatten die Sowjets daran, drei Menschen zu beschatten?"

„Nun, vielleicht wollten sie herausbekommen die Amerikaner Entwicklungsaufträge für B- un Waffen erteilt hatten. Vielleicht waren sie auch s weiter und verdächtigten Ihren Vater, von sich zu experimentieren. Immerhin wussten sie es zu und Ihr Vater verkaufte seine Erfindung an Sov und Amerikaner ..."

„Ich verstehe kein Wort", sagte Manuel.

„Sie werden gleich verstehen. Dieser Gesa schaftsattache Ernesto Gomez arbeitete seit la Zeit mit Thomas Meerswald zusammen, das wi wir."

„*Was heisst das: Sie arbeiteten zusammen?*"

„Meerswald gelang es, Gomez für sich zu g nen. Vielleicht gab er ihm Geld. Vielleicht ist G ein Idealist. Auf alle Fälle ist er eine Ausnahme. sonst weiss ich nichts darüber, dass argentinische tretungen im Ausland derlei Dinge untersuchen."

„Was?"

(Fortsetzung folgt)

…lens kleines Wohlstandswunder

der kommunistische
…pas hat seinen Wohl-
…n er auch manchmal
ist und als Wunder
…rd. Konsum ist nicht
…edem der kommuni-
…taaten hintangestellt.
Beispiel kennt einen
der verglichen mit
…erbordenden Tenden-
…sten zwar bescheiden
ist aber immerhin
selbst ein einigermas-
…mes Leben garantiert.
…nan gar die Konsum-
…en der Warschauer
…oskauer, so will ei-
…ineo. in Polen lebe
…s und Braus. Westli-
…aten bestätigen, dass
…n Warschau gut zu
Die Leute leben ganz
…nd zwar im ganzen
auf das zurückzufüh-
…s natürlich der West-
…is: „Wir sind über-
Polen das am wenig-
…gisch indoktrinierte
…stlichen Welt ist."
…n selbst freuen sich
…t allen Waren gutge-
…n und können einen
…ott für den grossen
Sowjetunion, nicht
„Die haben wohl ei-
…mangel in Russland,
…st sehr amüsant für
…ngige Sowjetoffiziere
Säcken voll Kartof
…hren zu sehen."
…t des landwirtschaft-
…en Bodens sind nach
…rivaten Händen und
…ht der private Ha-
Privatgewerbe. Der
offensichtlich vorge-
…umentenwünsche vor
…oktrin zu stellen und
…nat ihm Recht gege-

dem Essen kommt
und daher genügt es
bereis nicht mehr.
…lem Wünschenswer-
…en zu können: jetzt
eine Steigerung der
Produkte. So bekla-
…schauer die schlech-
…ihrer Elektroartikel
…h zu den westlichen
— In Moskau aber
… diese. laut den Polen minderwertigen Artikel mit dem Zeichen „Made in Poland" sehr geschätzt — wegen ihrer für sowjetische Verhältnisse hohen Qualität. Es ist eben alles eine Sache des Masstabes.

Dank steigender Einkommen können es sich die Polen auch leisten, immer mehr der wesentlich teueren westlichen Markenprodukte zu erwerben. So kann man heute in Warschau wählen, ob man zum englischen Gebäck lieber griechischen Orangensaft, schweizer Kaffee oder spanischen oder österreichischen Wein trinken will. Und geht man gar mit einer der hübschen Polinnen zu einem westlichen Rock-Musik-Festival, so wird man feststellen, dass Namen wie Max Factor, Helena Rubinstein, Revlon und Yardley den Blondinen keineswegs unbekannt sind und dass diese Firme eigene Filialen an den Hauptgeschäftsstrassen der polnischen Städte betreiben.

Frauen beherrschen Warschau

Warschau ist nach den letzten statistischen Daten, eine feminisierte Stadt: 100 Männer stehen 116 Frauen gegenüber, der Landesdurchschnitt beträgt 106 Frauen gegen 100 Männer. Der Frauenüberschuss ist für die Männer von Vorteil: sie können ihre Ehefrauen aus dem grösseren „Angebot" auswählen, während viele Mädchen unverheiratet bleiben. Die stärksten weiblichen Altersgruppen sind die Jahrgänge zwischen 20 und 30 Jahren, während sie im übrigen Polen darüber liegen. Auch daraus ist ersichtlich, dass vornehmlich junge Leute nach Warschau ziehen. Die Gefahr der Vergreisung wie in westeuropäischen Hauptstädten droht Warschau nicht.

Rund 48 Prozent der Arbeitnehmer sind Frauen. Bezeichnend ist auch, dass 100 000 Warschauer eine akademische Vorbildung haben. Diese Oberschicht ist ständig im Wachsen, zumal Warschau nicht nur Sitz der Regierung und zahlreicher Wirtschaftsbetriebe, sondern auch kulturelles Zentrum ist. Hier erarbeiten 4,1 Prozent der Polen 8,5 Prozent des gesamten Nationalprodukts der Volksrepublik. Jeder achte polnische Arzt ordiniert in der Hauptstadt.

Von deutschen Kolonisten, deren Nachkommen noch bis um 1850 in der Altstadt eine Mehrheit besassen, im 12. Jahrhundert als befestigter Platz errichtet, seit Ende des 16 Jahrhunderts Landeshauptstadt, residierten hier mit Unterbrechungen die Könige, denen Warschau viele prächtige Bauten und Anlagen verdankt. Die Volksrepublik hat durch Eingemeindungen das Areal auf 450qkm erweitert. Sie hat den gesamten Boden und Hausbesitz 1945 verstaatlicht. Es dauerte Jahrzehnte bis aus den Ruinen das heutige Warschau entstand. Wenn nicht 700 historische Bauten naturgetreu wieder erstellt worden wären, darunter der gesamte Altstädter Rind, hätten die meisten jüngeren Polen in Warschau überhaupt keine Beziehung zur Vergangenheit. Die Masse der Zuzügler schuf schwierige Probleme der sozialen Eingliederung. Man sagt heute - galant, wie die Polen immer waren, es sei den vielen Frauen zu verdanken, dass es wieder echten Lokapatriotismus gibt, mit dem die Warschauer manchmal in der Provinz unangenehm auffallen.

Obwohl auch Lodz, Krakau, Danzig und Stettin zu den zehn Grosstädten mit mehr als 200.000 Einwohnern gehören klagen sie die Regierung an, sie habe Warschau bevorzugt. Wenn irgendwo Groll aufbricht, etwa gegen die Bürokratie oder gegen Benachteiligung der Finanzierung, wird der Landeshauptstadt alle Schuld angelastet. Mit dieser Hypothek eines scharfen Gegensatzes zwischen Warschau und den Wojewodschaften bleibt Polen noch lange Zeit belastet.

Die BAM verscheucht die Baeren

Ostsibirien soll ueber neue Bahnlinie erschlossen werden

Der Bauingenieur erstarrte. Dann legte er die Wasserwaage weg. Er liess sich auf die Knie fallen. Er knurrte und bellte wie ein Hund. Der Bär blieb stehen, drehte sich um und trollte sich von der Schneise in den dichten Wald zurück. Solche Geschichten, die nach Jägerlatein klingen, werden heute vom Bau der ‚BAM' in der Sowjetunion berichtet. Bären — so heisst es — fürchteten Hundegebell. Die BAM aber ist die „Baikal-Amurskij-Magistral", eine neugeplante, 3200 Kilometer lange Eisenbahnlinie, die zur industriellen Erschliessung von Ostsibirien beitragen soll. Die Trassenführung verläuft nördlich des Bakalsees, vom Oberlauf des Flusses Lena aus, etwa 500 Kilometer nördlich der transsibirischen Bahn nach Komsomolsk am Amur. Am Wege liegen die Kupfervorkommen Udokan, Kupfer- und Nickelreichtümer von Nischnje Angarsk, die Kohlenlager von Tschulimsk.

Diese Plätze sind heute nur durch holprige Landstrassen oder Fluglinien mit der Aussenwelt verbunden. Ohne den Bahnbau wäre an eine schnelle Industrialisierung nicht zu denken. In grüne Windjacken gekleidet, mit d. Abzeichen ‚BAM' am Aermel, sammelten sich frisch diplomierte Bauingenieure, Facharbeiter, Frauen und Männer auf dem Jaroslawer Bahnhof in Moskau. Sonderzüge rollten nach Sibirien. Hinter dem Baikalsee in Ulan-Ude, der Hauptstadt der Burjatischen autonomen Republik, fand das erste Grossmeeting statt. Wie bei den früheren industriellen Aufbauobjekten, etwa Magnitogorsk in den dreissiger Jahren oder dem Wolga-Automobilwerk in den sechziger Jahren, soll sich Begeisterung der berufstätigen Jugend nun auch an dieser neuen Bahnlinie entfachen. Die Staatspropaganda spricht von der „schwierigsten Strecke der Welt", vom „Eisenbahnbau des Jahrhunderts".

Solche Superlative haben einen natürlichen Hintergrund. Das Relief Ostsibirien ist stark zerklüftet. Teilweise muss die Strecke unter alpinen Bedingungen gebaut werden. Grosse sibirische Ströme, wie Lena, obere Angara, Olekma, Seja und Amur, werden überquert. Milliarden Kubikmeter Erdbewegungen sind notwendig. Zehntausende Tonnen Brückenkonstruktionen werden gebraucht. Hauptfeind ist in manchen Abschnitten ständig gefrorener Untergrund.

Dies verlangt neue Methoden der Bautechnik. Die Arbeiter an der Strecke rechnen im Winter mit Temperaturen von mehr als minus 40 Grad. Im Frühjahr versinken die Bauleute in der Taiga bis zu den Knien im Schnee. Schon 1889, noch unter dem Zaren, wurden erste Karten für die in Aussicht genommene Linienführung angefertigt. Man hatte zunächst dem Bau der Transsibirischen Bahn über Irkutsk und Chabarowsk nach Wladiwostok weiter südlich den Vorzug gegeben. Schon früher passte den russischen und sowjetischen Führern die Linienführung dieser Bahn in unmittelbarer Nähe der chinesischen Grenze nicht ins strategische Konzept. Auf der Suche nach neuen Bodenschätzen und weiteren Exportmöglichkeiten wurde der Bahnbau nun als eine rentable und zukunftsträchtige Aufgabe angefasst.

Bei Taischet, westlich von Irkusk, zweigt schon seit einiger Zeit eine neue Linie von der Transsibirischen Bahn ab. Diese führt als „Lena-Bahn" nach Ust-Kut am Oberlauf des Stromes und verbindet die junge Kraftwerkstadt Bratsk an der Angara mit Moskau. Von diesem Endpunkt aus wird die Linie als Baikal-Amur-Bahn weitergeführt. Sie läuft über die Stationen Nischnje Angarsk, Tschara, Tyndra nach Komsomolsk am Amur. Die Stadt ist schon durch eine Bahn mit Sowjetskij Gawan am Stillen Ozean verbunden. Die Sowjetunion erhält mit diesem Bau somit eine zweite Pazifikverbindung durch Ostsibirien.

Der Bahnbau ist aus mehreren Richtungen gleichzeitig begonnen worden. Breschnjew gab erst kürzlich das Startsignal, als er in einer Rede in Alma Ata die „ungeheure Bedeutung" des Bauvorhabens herausstellte. Die frisch angerollten Ingenieur- und Bauarbeitergruppen aus dem Westen beginnen von der neueingerichteten Station „Bam" d. Transsibirischen Bahn östlich vom Baikalsee, aus mit einer Stichbahn, die bei Tyndra auf die neue Strecke stösst.

Ueber die Linie müssen alle schweren Materialtransporte herangeschafft werden. Stahlkonstruktionen, Versorgungsgüter fliessen über diese Ader in das Baugebiet. Die Arbeiter sollen möglichst schnell aus Zelten in montierte Häuser hinein, um ein Abfliessen der Kräfte wie bei vielen früheren Bauvorhaben in Sibirien zu vermeiden. Flugzeugstaffeln unterstützen die Einsatzgruppen, diese stehen unter direkter Leitung des Jugendverbandes „Komsomol" der in den letzten Jahren die Chefaufsicht über wichtigste Baustellen übernahm.

H.L.

UdSSR kauft Coca-Cola

Die kommunistische Sowjetunion kauft ein typisch US-kapitalistisches Produkt: das Erfrischungsgetränk Cola. Doch über den Vertrag mit der amerikanischen Coca-Cola-Company wollen die Russen noch mehr westliche Lebensweise importieren.

Coca-Cola ist eine amerikanische Aktiengesellschaft, die seit 1893 ununterbrochen Dividende zahlt. Die Basis ihres Erfolgs: ein eiskalt zu servierendes Erfrischungsgetränk nach dem Geheimrezept des Apothekers „Doc" Pemberton aus den amerikanischen Südstaaten.

Jetzt hat sich die Erfolgs-AG auch in Moskau etabliert. Genau genommen: Die Firma eröffnet in den nächsten Wochen ein Verbindungsbüro in der sowjetischen Hauptstadt. Bevor die Russen aber den bräunlichen Saft geniessen können, der von amerikanischen Ärzten selbst Babys als Magenberuhigungsmittel verordnet wird, dürften noch viel Wasser und Eis die Moskwa hinunterfliessen.

„Wir", und damit meint Coca-Cola-Pressesprecher John White in Atlanta seine Firma „haben mit den Sowjets", und zwar mit dem stellvertretenden Ministerpräsidenten Gvishiani, „ein Abkommen über wissenschaftliche und technische Zusammenarbeit unterzeichnet."

Wissenschaftlich, technisch — und das seitens eines zwar weltbekannten, in 137 Ländern vertretenen, aber doch immerhin „nur" Getränke-Herstellers?

Es „sprudelt" aus „The Coca-Cola-Company" weit mehr als nur „Coke", wie die Firma ihr Getränk, dessen genaue Zusammensetzung nur einer Handvoll Verantwortlicher bekannt ist, neuerdings bevorzugt nennt.

- Da gibt es die Coca-Cola-Tochter Aquachem, weltweit führend auf dem Gebiet des Entwurfs und der Herstellung von Meerwasser-Entsalzungsanlagen;
- da kommt in den nächsten Tagen ein „Samson" genanntes Pulver auf den Markt, in verschiedenen Geschmacksrichtungen, das mit Wasser gemischt einen nahrhaften Erfrischungstrunk ergibt, mit Vitamin A und B und C und fünf Gramm Protein pro Flasche;
- da ist Coca-Cola der Welt grösster Anbauer und Verarbeiter von Zitrusfrüchten;
- da werden von der Tochter Aquachem baukastenähnliche Dampf-Generatoren und Wasser-Reinigungsgeräte verkauft.

„Da sehen Sie", so verkündet der Aufsichtsratsvorsitzende des dermassen diversifizierten Umsatz-Milliardärs, J. P. Austin — er unterzeichnete für Coca-Cola in Moskau —, frohlockend, „da sehen Sie, dass unsere weltweiten Aktivitäten gar nicht so recht bekannt sind."

Genau auf diesen mehr oder weniger unbekannten Sektoren, denen sich Coca-Cola widmet, liegt auch der Schwerpunkt des Abkommens mit den Russen: Sie benötigen westliches Know-how, kapitalistische Technologie, sie suchen den Anschluss, auch sie wollen moderne Lebensmittelfabriken Instant- oder Ferseh-dinner, gefrorene und hochkonzentierte Zitrus-Säfte, Fertig-Kaffee und stets bereite Teebeutel sowie Meerwasser-Entsalzungsanlagen produzieren. Der Vertrag mit Coca-Cola öffnet ihnen diese Möglichkeiten.

Einzelheiten des Abkommens müssen noch ausgearbeitet werden. Finanzielle beispielweise. Aber der Rahmen ist gesetzt: Coca-Cola wird in Russland aktiv.

Coca-Colas weltweiter „Erzfeind", der Konkurrent Pepsi Cola, ist schon einen Verbraucherschritt weiter: Dieses Getränk können die Moskauer seit Mai dieses Jahres trinken, wofür Pepsi russischen Wodka in den USA vertreibt. Pepsi Cola allerdings ist in Moskau teurer als Bier.

KINOPROGRAMM

TEL-AVIV:
ALLENBY: The Sting
BEN JEHUDA: Cinderella Liberty
CINEMA ONE: Some Like it Hot
CINERAMA: My Name is Nobody
CHEN: Paper-Moon
DEKEL: „What?"
DRIVE-IN: 8.00 Uhr: The Magic Disney World
10.00 Uhr: King Queen Knave
ESTHER: Papillon
GAT: Avanti
GORDON: Indian Summer
HOD: Park of Love
LIMOR: The Great Dictator
MAXIM: Le Grand Bazar
MOGRABI: The Wedding Night of Dr. Daniel
ORDAN: Don't Look Now
OPHIR: Tough Guys
ORLY: Abu-al-Banat
PARIS: Cries and Whispers
PEER: La bonne Annee
TCHELET: Go West
STUDIO: Big Eyes
TEL-AVIV: Dutch Cassidy and the Sundance Kid
ZAFON: My Name is Nobody

RAMAT GAN:
KINO LILLY: Moz. Schab. 7.15 und 9.30 Uhr: Serpico
4.00 Uhr: Academy Award (Walt Disney)

HAIFA
AMPHITHEATRE: Calibre 9
ARMON: The Sting
ATZMON: My Name is Nobody
CHEN: Dr. Phibes
MIRON: Fists of Vengeance
ORDAN: Summer Place
MORIAH: Daughters, Daughters
ORION: She Knew the Other Way
ORAH: Our Miss Fred
ORLY: Big Eyes
PEER: Harold and Maude
RON: Gone With the Wind
SHAVIT: Rabbi Jacob

JERUSALEM
ARMON: The Great Dictator
CHEN: My Name is Nobody
EDEN: The Sting
EDISON: Haya mi Bu?
MITCHEL: Deux Hommes dans la Ville
ORION: Don Juan .73
ORNA: The Way we Were
HABIRAH: Ash Wednesday
JERUSALEM: Assault
ORGIL: Becket
SEMADAR: Kazablan
RON: Park of Love

RADIO und FERNSEHEN

…NTAG 4.8.74

…GRAMM A

…05 Morgenkonzert: …akov, Ravel u.a. …genkonzert: Arthur … 11.00 Ivrit. 11.15 … und Kinder in Fe- … Arabische Stunden. …tal": Bach, Debussy. …skonzert: Frank u.a. Mutter und Kind. …-Information: Sozio- …ltur. 15.30 Volkslie- … — für Schüler u. Leh- … 15.50 Buchdiskus- … Eine Minute He- …6 Musica Viva: Mil- … 17.05. „Sonntags- …dn, Bruckner. 18.05. …schen und Zahlen. … jüdischen Gemein- … Ausland. 18.50 Asa- …r die Landschaft des …5 Für den Landwirt. …ische, leichte Mu- …Vorlesungen aus der … „Von unseren Kon- … Strawinsky, Mozart … Flöte im Wasser" — …en Claude Debussy. … Vorhang geht auf: …mio" — von Jenin …iederholung). 23.05 …sik": Mozart, Prokofieff u.a. 00.05 Ein kurzes Gedicht.

PROGRAMM B

6.10 Morgengymnastik. 6.20 Musikalische Uhr. 6.59 Eine Minute Hebräisch. 7.25, 7.35 — Lieder für Dich. 7.35 Grünes Licht. 8.10, 9.05 — „Morgenlieder". 10.05, 11.05 Für die Hausfrau. 12.05 Im Arbeitsrythmus. 12.30 Hebräische Lieder. 13.05 Lieder und Neuigkeiten. 14.10, 15.05. Mir und Dir.— Lied und Gruss. 16.05 Eine Minute Hebräisch. 16.06 Parade der hebräischen Lieder. 16.30 Kurzer Quiz. 16.35, 17.05, 18.05 — Lieder Parade. 17.55 Wegschilder". 18.45 Sport. 21.05 Die Sache wird untersucht, mit Gideon Lev-Ari. 23.05 Worte und Töne von Andalusien. 23.45 Leichte Melodien. „Adom Atik". Lieder.

MILITAERSENDER

6.05 Guten Morgen — mit Didi Menusi und Micha Levinson. 7.05 Morgenklänge. 8.05, 12.05, 17.05, 00.05 — Zahal-Chronik. 9.05 — Grüsse mit Liedern mit Iris Lawie. 9.55 Jerusalemer Diskussion. 10.05 Lieder und Grüsse. 10.55 Worte in den Fels geschrieben — mit Uri Sela. 11.05, 12.30, 13.05 — Warm und schmackhaft. 14.05, 15.05 — Von zwei bis Vier — mit Ram Evron. 16.05 — Telephonieren sie bitte — die Mannschaft antwortet — über aktuelle Angelegenheiten. 17.40 Lieder für jeden. 18.05, 19.05 — Radiosport. 20.05 Von allen Winden — mit Jaffa Jarkoni. 21.05 Radio-Selektion — Haim Guri interviewt Abraham Schlonski. 22.05, 23.05 Die Nacht — mit Uri Sela. 23.05 Mitternachtsdiskussion. 0.30 Mitternachtsvögel mit Illi Gorlitzki. 03.05 (Bis 06.00) Lieder bis zum Morgen — Jael Dan.

SCHULFERNSEHEN

Handarbeit. 16.17 Englisch. 16.35 Schach. 17.00 Elektrizität.

FERNSEHPROGRAMM

17.30 Nachrichten. 17.32 Die Brady-Familie: „Der Doppelgänger". 18.00 Buchstabenprogramm. 18.30 Arabische Programme. 20.00 Für die Jugend. 20.30 Mabat. 21.00 „Ein Dieb wie Du".: Singt ein Mörder-Lied". 21.50 Drama: Fussball, von Nathan Schacham. 22.05 Nachtklänge: Beethovens Lieder mit Worten von Goethe, mit Dietrich Fischer-Dieskau. 22.55 Tagesabschnitt. Nachrichten.

APOTHEKEN- UND AERZTEDIENST

Sonntag, nachts bis 23.00 Uhr Kikar Hamedina, Tel. 258046, Ben Jehuda 183, Tel. 242673. Jafo, Ben-Zwi 2, Tel. 821607.
Ramat Gan und Umgebung: Jabotinsky 65, Tel. 793483.
Bne Brak: Wie Ramat Gan.
Herzlia und Umgebung: Ramat Hascharon, Sokolow 87.
Bat Jam: Balfour 45
Cholon: Trumpeldor 4
Natania: Schaar Hagai 14, Tel. 22695.
Ramla-Lod: Lod, Herzlstr.
Beer Schewa: Schikun Gimmel
Haifa bis 21 Uhr: Bat Galim. Tel. 523921; ab 21 Uhr: MDA, Tel. 512233; Kirjat Elieser.

AERZTEDIENST:
Tel Aviv: Dr. Har Ewen Epsteinstr 6, Tel. 443281.
Magen David Adom Aerzte Nachtdienst T.-A. Tel. 614333 oder 101 von 8 Uhr abends bis 7 Uhr morgens.

Kupat Cholim „Maccabi" T.-A. MDA Tel. 101 Gusch Dan: MDA, Hagilgalstr. 42 Tel. 781111, Ramat Gan: Aschdod; MDA, Tel. 22222; Natania; MDA, Tel. 23333; Bat Jam: MDA Telefon 863333 Cholon: MDA, Tel. 843132; Petach Tikwa: MDA, Tel. 912333; Zfat: MDA, Tel. 101: Rechowot: MDA, Telefon 951333: Rischon Lezion: MDA, Telefon 942333; Herzlia; MDA. Tel 981333; Haifa: MDA, Tel. 101; Jerusalem: MDA, Tel. 101. Arad: MDA, Tel. 057-97222.

Kupat Cholim Merkazit 8 Uhr abends bis 7 Uhr morgens: MDA. Tel. 101, Dr. Watts, Allenbystr, 50, Tel. 50888 (nur tagsüber); Dr. Marc Dona, Hachasmonaimstr, A, Tel. 248228.

Kupat Cholim „Assaf": Dan; Aviv: Tel. 101; Gusch Dan; Tel. 781111; Bat Jam: Tel. 863333; Cholon: Tel. 843133; Haifa: Allgemeiner und Kinderarzt. Tel. 254630.

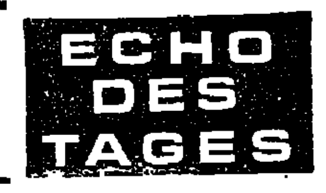
AN UNSERE LESER AUS ISRAEL, WELCHE UNSERE ZEITUNG INS AUSLAND GESANDT ERHALTEN

Im Interesse der bestmöglichen Gestaltung unseres Dienstes an den Lesern wären wir allen unseren Kunden, welche die Zeitung an verschiedene Orte ihre Auslandsreise geschickt bekommen, dankbar, wenn sie uns ihre Erfahrungen mitteilen würden. Wir sind daran interessiert zu wissen, wie schnell die Zeitung geliefert wird ob die Verschiedenartigkeit der Orte negativen Einfluss hat, und wie zufrieden der Leser ist, möglichst schnell Nachrichten aus der Heimat zu erhalten.

Bitte schreiben Sie uns bald.

Vertriebsabteilung
„ISRAEL NACHRICHTEN"
TEL AVIV, P.O.B. 28026

חדשות ישראל



מאוחר אך לא מאוחר מדי

סגן ראש הממשלה ושר החוץ שלנו הופיע בימים אלה בפורום של עתונאי החוץ בוושינגטון וקבע שם — בין היתר — שני דברים שראויים לתשומת לב מיוחדת, כי הם בבחינת לקחים אסטרטגיים ממלחמת יום הכיפורים. הדי מר אלון הצהיר, כי מדינה כמדינתנו אסור לה שתופתע שנית ע״י האויב וכי אנו נדאג שזה שנית לא יקרה; כן קבע אלון שישראל לא תסכים פעם נוספת להפסקת האש בעוד הנצחון בהישג ידה.

נקווה שההצהרות האמורות לא באו על דעת מר אלון בלבד, אלא שכמותן כשינוי הקוו האיסטרטגי. אשר כל ממשלתנו סומכת את ידה עליו. יתרה מזו, אנו מקווים, כי כך גם הובנו דבריו אלה הן ע״י ידידינו והן ע״י אויבינו. עם זאת לא די בהצהרות ממין זה, אנו חייבים לתת להן אמינות מלאה ע״י הכנות מעשיות ורצי־נית לקראת המלחמה הבאה. באשר לצה״ל נראה הדבר, שצבאנו אמנם עושה מאמצים בלתי רגילים על־מנת להיות מוכן למלחמה בכל עת. בהכנות אלו יש רק גורם אחד שאין לנו שליטה עליו: כמות וקצב אספקת הנשק ע״י ארה״ב.

למרות כל המאמצים שאנו עושים, כדי להיות מוכנים ליום הפקודה, נשארת זו מטרת יסוד של ממשלתנו למנוע המלחמה ולהגיע להסדרי שלום עם שכנינו. יתכן מאוד שדווקא ההצהרות האמורות של אלון בוושינגטון וההכנות של צה״ל לקראת המלחמה הבאה יש בכוחן למנוע את המלחמה הזו ביתר יעילות מהתבטאויות פייסניות למיניהן.

ג. ט.

SPAETE EINSICHT

Unser Vize-Ministerpräsident und Aussenminister Jigal Allon hat dieser Tage vor den Vertretern der Auslandspresse in Washington zwei Feststellungen gemacht, welche besondere Beachtung verdienen. Beide Feststellungen verkörpern Lehren des Jom Kippur-Krieges. Wir Israelis können zwar nur bedauern, dass diese Einsichten zu spät kommen, aber wir müssen es doch begrüssen, dass Jigal Allon sie wenigstens jetzt über die amerikanische Auslandspresse der ganzen Welt publik machte. Er sagte nämlich, dass ein Staat wie Israel vom Krieg nicht überrascht werden darf und dass wir dafür sorgen werden, ein zweites Mal vom Feind nicht überrannt zu werden. Ausserdem erklärte Allon bei dieser Gelegenheit, ein nächstes Mal würde Israel einer Waffenruhe nicht zustimmen, wenn unser Sieg sozusagen „in Reichweite" liegt.

Diese beiden Aussagen unseres Vize-Premierministers und Aussenministers legen eine neue strategische Linie fest. Die erste besagt nämlich, dass wir künftig einen Vorbeugungskrieg einem von unseren Feinden initiierten Ueberraschungskrieg vorziehen müssen, d.h. also, dass jene schicksalschwere Entscheidung Golda Meirs am Morgen des Jom Kippur 1973 sich als falsch erwiesen hat. Das Gleiche gilt auch — so muss man aus Allons Feststellungen folgern — für unsere Zustimmung zur Waffenruhe, als wir im Jom Kippur-Krieg bereits die dritte ägyptische Armee am Westufer des Suezkanals hatten, und der Zusammenbruch der ägyptischen Streitkräfte nur noch eine Frage von Tagen war.

Wir wollen hoffen, dass diese Feststellungen Allons nicht ad hoc gemacht wurden, sondern eine wohl überlegte und von unserer Regierung angenommene Aenderung einer der israelischen strategischen Grundkonzeptionen darstellen. Mehr noch: Wir wollen hoffen, dass die Allonschen Feststellungen auch der Weltpresse so präsentiert wurden und dass sie auf diese Art sowohl von Freund und Feind verstanden werden. Allerdings darf es bei Erklärungen dieser Art nicht bleiben. Wir müssen auf allen Gebieten des öffentlichen Lebens *überhaupt* und auf dem Gebiet der Kriegsvorbereitungen im besonderen die besagten Änderungen in der strategischen Linie auch glaubhaft machen. Soweit es um die direkten Kriegsvorbereitungen geht, glauben wir auch annehmen zu dürfen, dass dies tatsächlich geschieht. Unsere Armee hat eine ganze Reihe von Massnahmen getroffen, welche den Ernst der Lage ausdrücken und den klaren Willen jeglicher feindlicher Ueberraschung zuvorkommen. So wurden die Befestigungsarbeiten an den neuen Linien beschleunigt; der Arbeitstag der Etappentruppen wurde um zwei Stunden verlängert und es werden verstärkte Anstrengungen gemacht, die Berufsarmee so viel und so schnell als möglich zu vergrössern.

Bei aller Würdigung der Anstrengungen, welche unsere Armee macht, um ehestens für einen kommenden Krieg vorbereitet zu sein, darf jedoch nicht vergessen werden, dass wir bei diesen Vorbereitungen weitgehend abhängig sind von Tempo und Ausmass der neuen amerikanischen Waffenlieferungen. Aber das ist noch nicht alles. Man darf hoffen, dass — wie Allon es ausdrückte — unsere Feinde es sich diesmal nicht zwei, sondern drei Mal überlegen werden, bevor sie einen neuen Krieg gegen Israel beginnen. Wir dürfen vielleicht auch hoffen, dass unsere neue und öffenlich proklamierte Strategie, begleitet von einem Maximum an Kriegsvorbereitungen, imstande ist, einen nächsten arabisch-israelischen Krieg überhaupt zu verhindern. Die Vermeidung eines Krieges bleibt natürlich auch weiterhin das Hauptziel unserer Staatsführung, aber eben *deshalb gilt auch heute noch* der alte lateinische Spruch: Si vis pacem, para bellum (wenn Du den Frieden wünschst, bereite den Krieg vor)! W.T.

Klarstellung der Liberalen Partei

Der Sprecher der Liberalen Partei sandte folgende Klarstellung:

Der Likud hat keinerlei Angebot des Ministerpräsidenten Jizchak Rabin zur Aufnahme von Gesprächen über eine Erweiterung der Regierung erhalten. Man kann daher nicht sagen: „Liberale lehnen das Angebot Rabins ab." Der Parteivorsitzende Dr. Elimelech Rimalt hatte jedoch vorgeschlagen, die Anregung, wonach die Liberale Partei von sich aus die Initiative ergreifen und den Ministerpräsidenten um eine Aufnahme des Likud in die Regierung bitten sollte, von der Tagesordnung abzusetzen.

Die Liberale Partei lehnt nicht jeden territorialen Kompromiss im Rahmen von Verhandlungen um einen Friedensvertrag ab. Sie hatte schon früher erklärt, dass sie zu Kompromissen gegenüber Aegypten und Syrien bereit ist keineswegs aber bezüglich des westlichen Landes Israel. Sollte im Rahmen einer Regierungserweiterung die Zustimmung zu einer Neuaufteilung des westlichen Israel gefordert werden, müssten der ganze Likud und die Liberale Partei ablehnend antworten.

Mapai schlägt Verzicht auf Gruppenbildung vor

Die Leiter des Mapai-Flügels in der IAP wandten sich nochmals an die übrigen Fraktionen mit dem Vorschlag, auf die Gruppenbildung endgültig zu verzichten.

An den Beratungen nahmen die Minister Aharon Jadlin, Mosche Baram und Jehoschua Rabinowitz sowie die Vorstandsmitglieder David Kalderon, Dow Ben-Meir, Aharon Becker, Jizchak Koren, Usi Baram, Zwi Alderotti, Jaacow Lewinson, Ephraim Reiner, Israel Kaiser und Frau Nawa Arad teil. Sie beauftragten Minister Jadlin, Verhandlungen mit den übrigen Gruppen aufzunehmen. Sollten diese Versüche fehlschlagen, würde sich die Mapai-Gruppe gezwungen sehen, wiederum eine Institution aufzubauen, die zu selbständigen Entscheidungen bevollmächtigt wäre. Aus dem Beschluss, dass über die Zusammensetzung dieser Institution, sei es aus Mitgliedern des Büros oder des Sekretariats der Arbeitspartei, in diesem Falle noch zu beschliessen wäre, sich folgern, dass jene „K[illegible]schaft", die bisher die F[illegible]rung auf Verzicht auf die [illegible]penbildung erhoben hatte, mehr als inoffizielles Foru[illegible] ehemaligen Mapai-Mit[illegible] gilt.

Wie es scheint, dürfte d[illegible] fi-Flügel den Vorschlag d[illegible] pai-Flügels annehmen. [illegible] Achdut Haawoda herrsch[illegible] fenbar noch Widersprüch[illegible]

Die USA lernen aus dem Jom Kippur-Krieg

Neue amerikanische Waffen gegen moderne Luftabwehr

(WT) — Die Vereinigten Staaten unternehmen derzeit die grössten Anstrengungen, um Mittel gegen die verschiedenen sowjetischen Waffensysteme der Luftabwehr zu entwickeln. Eine der Erfahrungen des Jom Kippur-Krieges war es nämlich, dass die Luftüberlegenheit der einen Seite (Israel) wettgemacht werden kann durch die Luftabwehrraketen der Gegenseite (vor allem Aegypten, aber in gewissem Masse auch Syrien). Die amerikanischen Fachleute zogen aus dieser Erfahrung die nötige Konsequenz, dass nämlich Mittel zur Vernichtung der Luftabwehrraketen und ihrer Batterien in grösserem Masstab und mit grösserer Wirksamkeit entwickelt werden müssen, als dies bis jetzt der Fall war.

Dieser Gesamtkonplex neuer Raketen-Abwehrmittel befindet sich derzeit im Stadium der fortgeschrittenen Entwicklung und z.T. bereits im Probe-Einsatz. Die Gesamtverantwortung liegt bei der amerikanischen Luftwaffe und es nehmen an der Planung und praktischen Ausführung zahlreiche Firmen zur Herstellung elektronischer Geräte sowie Unternehmen zum Bau von Flügzeugen und Raketen teil. Das Endziel dieser ganzen angestrengten Arbeit ist es, den angreifenden Flugzeugen die Mittel zu verleihen, um Luftwehrraketen bereits aus grosser Entfernung, unter allen Wetterbedingungen, bei Tag und bei Nacht, unschädlich zu machen.

Einige der in letzter Zeit entwickelten *Raketenabwehrmittel* stellen nur Zwischenlösungen dar, bis wirkungsvollere Abwehrmassnahmen das Stadium der Massenproduktion erreichen werden. Zusätzlich zur Entwicklung und zur Produktion von neuen Abwehrwaffen werden in den Vereinigten Staaten Versuche unternommen, bereits bestehende Waffen zu verbessern und sie den Erfahrungen des Jom Kippur-Krieges anzupassen. Im folgenden sei ein einschlägiges Beispiel gebracht:

Israel setzte — soweit aus ausländischen Quellen bekannt wurde — im Jom Kippur-Krieg die televisionsgelenkte Luft-Boden-Rakete „Maverick" ein. Diese Rakete — genauer gesagt „fliegende Bombe" — hatte den grossen Nachteil, dass sie nur bei Tag und dann auch nur bei klarem Wetter verwendet werden kann. Mit anderen Worten: Sie ist bei Nacht oder bei natürlichem bzw. künstlichem Nebel nicht verwendbar. Die Phantom-Jäger können zwar sechs solcher „fliegender Bomben" tragen und der Pilot kann nach Abschuss einer dieser Bomben seine Aufmerksamkeit sofort auf ein neues Bodenziel konzentrieren, da sich die „Maverick" automatisch auf das einmal anvisierte Ziel heftet, aber die amerikanische Luftwaffe verlangte vom Produzenten der „Maverick" eine Verbesserung der Lenkvorrichtung, welche den Einsatz auch bei unklarem Wetter oder bei völliger Dunkelheit ermöglicht. Es wurden daher für die „Maverick" zwei neue Zielsuchköpfe entwickelt. Der eine ist mit infraroten Sensoren versehen und der andere verwendet Lazerstrahlen zum Zweck des Zielens. Der ursprüngliche, mit einer Televisionskamera ausgerüstete Zielkopf ist bedeutend billiger als die beiden neuentwickelten, und Fachleute sind daher der Meinung, dass drei Typen der „Maverick" laufend produziert werden sollen: ein Typ mit Televisionslenkung, einer mit Infrarotlenkung und einer mit Lenkung durch Lazerstrahlen.

Bank Israel versucht Defizitdeckung ohne Verhaengung einer Kreditsperre

Nachdem der Beirat der Bank Israel noch keine Entscheidungen über die Reformvorschläge von Mosche Sanbar getroffen hatte, können die Banken auch weiterhin Kredite gewähren. Im Augenblick scheint eine für die Dauer von drei Monaten geplante Kreditsperre nicht als die geeignetste Massnahme zur Lösung der Finanzprobleme erachtet zu werden.

Tatsache bleibt, dass im Zahlungsmittelumlauf der Banken jetzt ein Defizit von 900 Millionen IL besteht. Die Staatsbank will dieses Defizit wenigstens auf die Hälfte eindämmen und denkt an zwei Massnahmen: Verminderung des Anteils der Banken am Exportfonds von derzeit 35% auf 20% und damit Defizitdeckung in Höhe von 250 Millionen IL — und Gewährung eines Rediskonts durch die Bank Israel in Höhe von 200 Millionen IL für die Dauer von 90 Tagen zu einem noch nicht vereinbarten Zinssatz.

Die Direktoren der grossen israelischen Banken gaben zu bedenken, dass eine Kreditsperre keineswegs zu einer Erleichterung der Wirtschaftssituation beitragen kann. In Anbetracht der grossen Kredit-Nachfrage möchten sie sogar erreichen, dass sie 10% mehr Kredite gewähren dürfen als derzeit. Sie wären bereit, hierfür eine Defizit-Strafe von 5% anstelle der 16prozentigen Strafe für die Ueberschreitung des Defizits zu zahlen. Diese *Strafe hatte die Banken* besonders schwer belastet, weil sie nicht von der Steuer abgesetzt werden kann: sie erreicht daher bisweilen eine reale Höhe bis zu 35%. Der Exportfonds sollte nach der Meinung der Bankdirektoren völlig neu zusammengesetzt werden.

Der Kampf um die Nachfolge der „Skyhawk"

Die israelische Militärwochenschrift „Bamachane" berichtete kürzlich über den Kampf der in den Vereinigten Staaten um die Entwicklung und Produktion eines neuen Kampfbombers geführt wird, welcher die „Skyhawk" in Zukunft ersetzen soll. An diesem Kampf sind beteiligt: Die amerikanische Luftwaffe einerseits und zwei Flugzeugproduzenten andererseits. Eine von diesen Flugzeugfabriken ist die *Produzentin des bereits in Dienst* gestellten Kampfbombers A—7 Corsair und die andere — die Firma „Fairchild" — welche einen neuen Kampfbombertyp entwickelt hat. Dieser neue Flugzeugtyp trägt vorläufig die Bezeichnung A—10.

Der amerikanische Kongress hat dem Pentagon und der amerikanischen Luftwaffe klargemacht, dass er für die Entwicklung der A—10 keine weiteren Mitteln zur Verfügung stellt, solange die Luftwaffe sich nicht entschieden hat, welcher der beiden Kampfbomber das Erbe der „Skyhawk" antreten soll. Der neue Typ existiert derzeit nur in zwei Exemplaren, welche lediglich zu Versuchszwecken dienen, während die Corsair im Vietnamkrieg sich bereits als Kampfbomber bewährt hat. — Trotzdem fällt der amerikanischen Luftwaffe d. Wahl schwer, weil nämlich beide Kampfbomber — die A—7 und die A—10 — äusserst gelungene Typen sind. Die amerikanische Luftwaffe hat also beschlossen, zunächst einige Dutzend der A—7 zu bestellen, welche ursprünglich für die Flotte gebaut wurde. Damit soll die „Skyhawk" ersetzt werden, bis zu jenem Zeitpunkt, in welchem die A—10 einsatzfähig sein wird.

Die Corsair ist eigentlich ein Kampfflugzeug und als solches als Einsitzer gebaut und sie besitzt auch nur einen Motor. Trotzdem kann sie auf kürzeren Entfernungen bis neun Tonnen Bombenlast tragen. Dies ist eine ausgezeichete Leistung, denn die zweimotorige Phantom z.B. kann nur 7,2 Tonnen Bombenlast tragen — allerdings auf bedeutend grössere Entfernungen. Die A—10 ist vor allem so gebaut, dass ihre „Ueberlebensfähigkeit" möglichst gross ist und dass sie auch Treffer der Luftabwehr-Artillerie überstehen kann. Zu diesem Zweck ist das Flugzeug durchwegs gepanzert. Auch die beiden Düsenmotoren sind in gepanzerten Gehäusen untergebracht. Die Pilotenkanzel dieses Flugzeugs ist mit einem Titanium-Panzer abgeschirmt, welcher fester ist als Stahl. Versuche ergaben, dass die A—10 gegen das Feuer einer 23-mm-Kanone widerstandsfähig ist und ebenso überlebte dieser neue Typ Treffer der russischen Einmann-Rakete SA—7. Die Brennstoffbehälter der A—10 sind mit Schaumgummi gepolstert und siegeln selbsttätig Löcher, welche durch Splitter von Luftabwehrwaffen entstehen. Das alles führt dazu, dass die A—10 Ausmasse angenommen hat, wie sie im Zeitalter der modernen und schlanken Ueberschall-Jäger schon fast ungewohnt sind.

Genau genommen wurde dieser neue Kampfbomber *um eine* Kanone von 30-mm-Kaliber „herum"gebaut, welche sieben Läufe hat. Diese Bordkanone wurde eigens für die A—10 entwickelt und wiegt zwei Tonnen (gegenüber der Vulkan-Kanone, mit welcher die Phantom ausgerüstet ist und welche lediglich 800 kg wiegt). Allerdings wird die neue Kanone imstande sein, *einen Kampfpanzer mit einem* kurzen Feuerstoss zu vernichten. Der neue Kampfbombertyp wird ebenfalls neun Tonnen Bomben- bzw. Raketenlast tragen können und es ist daher zu erwarten, dass er den Bodentruppen taktische Unterstützung von grösster Wirksamkeit wird geben können.

Histadrut verteilt Merkblatt ueber die Teuerungszulage

Die Histadrut erläuterte in einem Merkblatt für die Arbeiterausschüsse nochmals die Einzelheiten des Kollektiv-Abkommens vom 18. Juli über die Zahlung der Teuerungszulage, der mit Wirkung vom 1. Juli 1974 weitere 20.7% hinzugefügt wurden.

Insgesamt sind demnach vom 1 Juli an folgende Zulagen und Entschädigungen für die Teuerung zu zahlen:

- auf einen Grundlohn bis zu 20 IL täglich oder 500 IL monatlich — 129.5%;
- auf einen Grundlohn von 20 — 28 IL täglich oder 500 — 700 IL monatlich — 100.6%;
- auf einen Grundlohn von 28 — 40 IL täglich oder 700 — 1.000 IL monatlich — 20.7%;
- bei einem Grundlohn von mehr als 40 IL täglich oder 1.000 IL monatlich — nur die für einem Grundlohn von 1.000 IL vereinbarte Zulage.

Bei den nachstehend aufgeführten Grundbezügen betragen die Zulage und das Gesamtgehalt also:

300	+	388.50	=	688.50	IL
400	+	518.00	=	918.00	IL
500	+	647.50	=	1.147.50	IL
600	+	748.10	=	1.348.10	IL
700	+	848.70	=	1.548.70	IL
800	+	869.40	=	1.669.40	IL
900	+	890.10	=	1.790.10	IL
1.000	+	910.80	=	1.910.80	IL

MEHR WASSER FUER ISRAEL

Landwirtschaftsminister Aharon Usan beabsichtigt, dem Ministerausschuss für Wirtschaftsfragen ein Landesprogramm zur Erschliessung von Wasserquellen vorzulegen. Dieses Projek[illegible] sen Durchführung nahez[illegible] Milliarden IL erfordern soll der israelischen Wi[illegible] pro Jahr eine halbe M[illegible] Kubikmeter zusätzlichen [illegible] zur Verfügung stellen.

Joan Baez in Cae[illegible]

Staatspräsident Prof. E[illegible] Katzir und Ministerpräsid[illegible] chak Rabin erhielten e[illegible] erwartete politische Unt[illegible] stunde über die Frage, [illegible] israelisch-arabische Konf[illegible] lösen sei. Sie befanden [illegible] ter den Tausenden von Z[illegible] ern im Römischen Ampl[illegible] von Cäsarea, als die an[illegible] sche Protestsängerin Jo[illegible] auftrat.

In den Liedern, die Jo[illegible] vorträgt, kommt immer [illegible] der Gedanke zum Ausdr[illegible] de Vergeltungsaktion br[illegible] neue feindliche Aktion[illegible] sich: darum müssen all[illegible] ge um nationale Zielse[illegible] um Fahnen und Paro[illegible] hören.

Die jetzt 33jährige [illegible] kommt aus Staten Isla[illegible] tritt bereits seit 15 Jah[illegible] Als ihr grosses Vorbild [illegible] Dylan. Bevor sie zu d[illegible] spielen nach Israel kam, [illegible] te sie Tunesien und den [illegible] Wie sie selbst erklärt, [illegible] keineswegs „gegen jed[illegible] und auch nicht gegen Is[illegible] genommen; sie will nur [illegible] *Volk" sprechen, das* [illegible] dass nicht weiterhin kle[illegible] der ermordet werden u[illegible] mit jeder neuen Nati[illegible] eine neue Armee entst[illegible]

Joerg Schuldhess in Israel

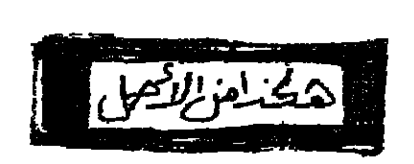
Der Schweizer Maler und Graphiker **Joerg Schuldhess**, der besonders in jüdischen Kreisen durch seine Illustrationen der Bücher **Jonah, Ruth, Owadia** Aufsehen erregt hat, ist vor rund einem Monat nach Isra[illegible] reist. Joerg Schuldhess [illegible] in der Nähe von Tel[illegible] bleiben, wo er schon [illegible] kleines Häuschen bezo[illegible]

Im Bild: Diskussion über ein heiliges Kind. Oel und T[illegible] Büttenpapier (1974).

ISRAEL NACHRICHT[illegible]
[illegible]דשות ישראל

TAGESZEITUNG IN DEUTSCHER SPRA[illegible]
— Nr. 181 —

Abonnement- und Anzeigenabteilung: Tel. 3[illegible]
Abonnement Tel-Aviv: Tel. 724881
Redaktion: Tel. 30014
Nacht-Redaktion ab 17.30 Uhr, Tel. 326[illegible]
Tel-Aviv, Harakewet Str. 52



Peled: Noch imm[illegible]
[illegible] uns Kriegsgefa[illegible]

Todesstrafe [illegible]
Terroristen [illegible]

[illegible] fordert gemeinsame[illegible]
[illegible]sprogramm der PLO

ISRAEL BLEIBT IM ASIATISCHEN [illegible]
STUDENTENVERBAND